

## Substanzielles Protokoll 119. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. Dezember 2020, 17.00 Uhr bis 19.48 Uhr, in der Halle 7  
der Messe Zürich

---

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Philippe Wenger

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Tobias Baggenstos (SVP), Alexander Brunner (FDP), Marco Denoth (SP), Thomas Schwendener (SVP), 1 Sitz vakant

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |     |                          |  |    |
|-----|--------------------------|--|----|
| 1.  |                          | Mitteilungen   |    |
| 12. | <a href="#">2020/546</a> | A Postulat der GLP-Fraktion vom 02.12.2020:<br>Schrittweise Rückerstattung der steigenden Transferzahlungen<br>des Kantons Zürich an die städtische Bevölkerung                              | FV |
| 13. | <a href="#">2020/547</a> | A Postulat der GLP-Fraktion vom 02.12.2020:<br>Unterbreitung eines Effizienz- und Entlastungspakets sowie<br>einer umfassenden Leistungsüberprüfung für die Legislatur-<br>periode 2022–2026 | FV |
| 14. | <a href="#">2020/396</a> | Weisung vom 16.09.2020:<br>Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und<br>Produktgruppen-Globalbudgets)  | FV |

## Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

### Persönliche Erklärungen:

Albert Leiser (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Unterstützung des lokalen Gewerbes mit der Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen für Geschäftsräume.

Stephan Iten (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Unterstützung des lokalen Gewerbes mit der Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen für Geschäftsräume.

## Geschäfte

### 3328. 2020/546

**Postulat der GLP-Fraktion vom 02.12.2020:**

**Schrittweise Rückerstattung der steigenden Transferzahlungen des Kantons Zürich an die städtische Bevölkerung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Markus Merki (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3282/2020): Am 27. September hat die Stadtzürcher und die kantonale Bevölkerung den Gemeinden ein vermeintliches Geschenk gemacht. Mit dem Entscheid zum Zusatzleistungsgesetz und zum Strassenverkehrsgesetz werden zukünftig vom Kanton bis zu 300 Millionen Franken an die Zürcher Gemeinden fliessen. Weil der Kanton schon dazumal postuliert, dass diese 300 Millionen nicht irgendwo im Wald wachsen würden, sondern erwirtschaftet werden müssten, werde es irgendwann zu Mehrkosten kommen, die die Bevölkerung zu tragen habe. Gewisse Gemeinden nehmen das Geschenk an und geben es an die Bevölkerung weiter, die möglicherweise die kantonalen Zusatzbelastungen spüren wird. Andere Gemeinden, d. h. grosse Gemeinden, bei denen es um mehrere Millionen Franken geht – in der Stadt Zürich kann das bis zu 60 Millionen Franken ausmachen – bauen damit ihren Apparat aus, um es sich gutgehen zu lassen. Man muss bei diesen Transferzahlungen beachten, dass diese – sei es beim Zusatzleistungsgesetz oder beim Strassenverkehrsfonds – nicht an irgendwelche Leistungserbringende gebunden sind. Der Fonds hat zwar zweckgebundene Mittel, aber auch dort werden die Gemeinden in der Verwendung des Geldes frei sein. Das brachte uns auf die Idee, man könne den Stadtrat auffordern, sich zu überlegen, wie man das vermeintliche Geschenk aus kantonalen Steuergeldern und dem Strassenverkehrsfonds der Bevölkerung zurückgeben könnte – nicht zuletzt mit einer Steuersenkung. Wie wir beim vorherigen Postulat der FDP und beim nachfolgenden aus unseren Reihen aber bereits feststellen mussten, zeigt sich der Stadtrat renitent, wenn es um Forderungen geht, seine eigenen Leistungen und Ausgaben zu hinterfragen und kritisch zu sein. Dies im Vergleich zum Postulat der AL – zu dem ich eine von meiner Fraktion abweichende Meinung habe. Denn dort geht es nicht darum, Leistungen und Ausgaben zu hinterfragen, sondern nur darum, beim Kanton für mehr Einnahmen anzuklopfen. Diese Entwicklung ist bedenklich: Sei es, weil durch eine höhere Besteuerung Liegenschaften verteuert werden oder sei es

wegen Transferzahlungen, die ohne gesetzlichen Leistungsauftrag überwiesen werden. Wir sind der Meinung, dass dies angemessen berücksichtigt gehört – und wo soll das geschehen, wenn nicht im FAP? Darum bitte ich Sie, dieses Postulat zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Der Stadtrat lehnt dieses Postulat ab. Zum einen ist dem kantonal-zürcherischen Gemeindegesetz ein solches «Kässelidenken» fremd – es ist nicht erlaubt, Geld aus einem Topf gewissen Leuten zuzuordnen. Der Vorredner tönte an, man könne die Steuern senken: Liebe GLP, wir sind in einem Jahr, in dem die Steuern gesenkt werden. Wir senken die Unternehmenssteuern, wovon die Stadtzürcher Unternehmen profitieren. Das schlägt sich im Haushalt nieder. Sie sollten das nicht als Geschenk sehen, denn darum wurde demokratisch gerungen. Im Kanton Zürich bestand im Soziallastenbereich eine stossende Minderfinanzierung durch den Kanton. Im schweizerischen Vergleich beteiligt sich der Kanton am allerwenigsten an den Soziallasten. Durch diese Korrektur wurden die Gemeinden in diesem Bereich entlastet. Entsprechend kommen Mittel herein, was uns zum Beispiel erlaubt, nicht so schnell über eine Steuererhöhung nachdenken zu müssen. Betrachten Sie die kantonale Karte der letzten Jahre, musste die Mehrheit der Zürcher Gemeinden die Steuern erhöhen – wir nicht und wir haben es auch in Zukunft nicht vor. Doch dafür bedarf es hin und wieder Entlastungen, weil irgendwo Mindereinnahmen bestehen. Deshalb nimmt dieses Postulat nur einen Teil der Welt war: Öffentliche Finanzen sind dynamisch und eine Rückerstattung geschieht auf eine Art bereits. Darum bitten wir Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Florian Blättler (SP):** Liest man dieses Postulat, liest man vor allem eines: Die GLP will für ihre Forderungen keine Verantwortung übernehmen. Man könnte es ohne jeden Kontext lesen, so liesse sich dessen Forderung auf den ersten Blick vielleicht vernünftig erscheinen. Wobei: Das Geld kommt der Bevölkerung auf die eine oder andere Weise sowieso zugute – auf welche Art entscheiden wir hier drin. Ihr wollt aber, dass das Geld direkt und monetär bei der Bevölkerung landet. So lese ich das Postulat. Dazu muss man wissen, dass eine Zweckbindung von Mitteln durch das kantonale Gesetz verboten ist. Dies könnte euch bekannt sein, aber ihr wartet nur darauf, dass euch jemand sagt, der einzige legale Weg zur Umsetzung sei eine Steuersenkung – statt dass ihr von Beginn weg hinsteht und sagt: Wir wollen eine Steuersenkung. Euch ist lieber, dass ein anonym Jurist in der Verwaltung diese Verantwortung für euch übernimmt. Aber setzen wir dieses Postulat einmal in den Kontext, in den es gehört: Am 1. September letzten Jahres gab es nämlich auch eine Abstimmung – die Steuervorlage 17. Dort kämpfte die GLP an vorderster Front; die Folge sind geschätzte Steuerausfälle von 550 Millionen Franken, wobei die Hälfte bei den Gemeinden anfallen wird. Die zum Postulat bereits erwähnte Abstimmung wird für die Gemeinden in etwa ausgleichen, was sie wegen der Steuervorlage 17 an Steuerausfällen erleiden werden. Aber die GLP steht jetzt nicht hin und sagt, dass der Kanton aufgrund der von ihr vorangetriebenen Steuervorlage 17 eines Tages die Steuern erhöhen muss. Im Gegenteil: Sie will die Stadt dafür verantwortlich machen, dass sie die Menschen bei einer allfälligen Steuererhöhung durch den Kanton nicht unterstützt. Im Kantonsrat verlangt die GLP, dass die Unternehmenssteuern noch weiter gesenkt werden, was ein weiteres Loch in die Kassen von Kanton und Gemeinden reissen würde. Schuld für die Folgen daraus sind aber immer die anderen. Eines will die GLP nicht: Verantwortung für ihre Forderungen übernehmen. Lernt, dass politische Entscheidungen Konsequenzen haben. Lernt, für diese Konsequenzen eure Verantwortung zu tragen. Wir helfen euch dabei zu einem ersten Schritt und lehnen dieses Postulat ab.

**Susanne Brunner (SVP):** Die SVP-Fraktion teilt die Analyse der GLP. Wir sehen aber nicht den gleichen Umsetzungsweg, sondern plädieren für eine Steuersenkung. Wenn die GLP im Jahr 2022 – ab dann greift der FAP – bei einer Steuersenkung mitmacht, ist dies der richtige Weg. Geld auf diese Weise zu verteilen, sehen wir nicht. Ich muss noch etwas zuvor Gesagtes korrigieren: Die Steuersenkung in Verbindung mit der Unternehmenssteuerreform 2 greift bei den kantonalen, nicht aber bei den kommunalen Steuern. Wir sind der Meinung, dass der hohe Betrag von 60 Millionen Franken, der der Stadt Zürich zufließt, für eine Senkung unseres Gemeindesteuersatzes verwendet werden sollte. Natürlich wächst das Geld nicht auf den Bäumen – weder bei uns in der Stadt noch im Kanton. Der Kantonsrat ringt dieser Tage um das Budget 2021, in dem es um ein Defizit von einer halben Milliarde Franken geht. Wenn der Kanton in den nächsten Jahren auch schwere Zeiten durchmacht, wäre es nicht auszuschliessen, dass der Staatssteuersatz dort erhöht werden müsste. Dann wäre es nur richtig, wenn wir den Gemeindesteuersatz senken, da wir sonst per Saldo eine höhere Steuerbelastung für die einzelne Steuerzahlerin oder den einzelnen Steuerzahler erreichen. Bei diesem Postulat sind also Idee und Analyse richtig, die Umsetzung können wir aber so nicht unterstützen, weshalb wir es ablehnen.

Das Postulat wird mit 34 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3329. 2020/547**

**Postulat der GLP-Fraktion vom 02.12.2020:**

**Unterbreitung eines Effizienz- und Entlastungspakets sowie einer umfassenden Leistungsüberprüfung für die Legislaturperiode 2022–2026**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

**Shaibal Roy (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3283/2020): Die GLP fordert mit diesem Postulat eine Leistungsüberprüfung. Diese ist dringend notwendig, weil von 2021 bis 2024 signifikante Veränderungen zuungunsten der Stadt in Bezug auf das Eigenkapital und die Verschuldung erkennbar werden und dazu Gegensteuer gegeben werden muss. Natürlich braucht es aufgrund des Bevölkerungswachstums Investitionen und Personal, vor allem in der Bildung und der Pflege – aber das muss irgendwo kompensiert werden. Dazu gibt es nur eine Möglichkeit: Dort, wo man Kosten beeinflussen kann, soll man diese auch wirklich beeinflussen. Der Wille dazu scheint bis anhin nicht vorhanden zu sein, weshalb der Stadtrat durch dieses Postulat angeregt werden soll. Ich verstehe nicht, warum man dies ablehnt. Es ist verständlich, dass man momentan mit der Krise beschäftigt ist, aber der Blick über den Tellerrand ist notwendig. Man muss sich aktiv damit befassen, was in Zukunft auf uns zukommt, denn nur eine aktive Begegnung führt dazu, dass wir auch einen FAP auflegen können, der bessere Zahlen ausweist, als er es heute tut.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Die Ablehnung dieses Postulats durch den Stadtrat hat zwei Aspekte. Den einen habe ich bereits beim FDP-Postulat erwähnt: Jetzt eine Leistungsüberprüfung zu starten, die vor allem durch die sehr beschäftigten Stäbe der Dienstabteilungen durchgeführt würde, leitet Kräfte auf die falschen Bahnen. Der zweite Aspekt hat mit einem Teil des Einleitungssatzes zu tun. Ich stimme mit der GLP überein, wenn wir – und hier knüpfe ich an mein Eintretensvotum an – in Sachen Eigenkapital nahe dem

*Nullpunkt wären, müsste man anders handeln. Nur haben wir dieses Eigenkapital geholt, um mit Augenmass und einer langfristigen Perspektive handeln zu können. Und das macht der Stadtrat. Ich kenne die Vorstellung nicht, mit der die GLP auf das Geschehen blickt. Wenn sie den Eindruck hat, der Stadtrat handle und diskutiere Dinge nicht, müssten wir uns einmal etwas ausführlicher austauschen. Was nicht angeht, ist zu fordern, man müsse dem Gemeinderat eine Leistungsüberprüfung vorlegen. Wie soll das funktionieren? Ein Teil ist unsere Kompetenz – diesen müssen wir dem Gemeinderat nicht vorlegen – und ein Teil ist Ihre Finanzkompetenz. Wenn Sie den Eindruck haben, etwas sei nicht nötig, müssen Sie entsprechende Motionen einreichen, die uns dazu auffordern, dies oder jenes abzubauen. Aber dazu sind Sie in der Regel nicht in der Lage und auch die GLP trägt ihren Teil zu immer mehr Aufgaben bei. Dies ist der falsche Übungsansatz zum falschen Zeitpunkt in der falschen Situation.*

Weitere Wortmeldungen:

**Florian Utz (SP):** *Worum geht es bei diesem Postulat? Das hätte man effizient in einem Satz formulieren können: «Es sind Massnahmen – also Kürzungen – im Umfang von 20 Prozent über die Legislaturperiode der beeinflussbaren Kosten zu erarbeiten.» Es geht also um eine Leistungskürzung im Umfang von 20 Prozent. Was heisst das konkret? Bei der Stadtpolizei schreibt kein Gesetz vor, wie viele Polizistinnen und Polizisten wir haben müssen. Aktuell haben wir rund 1700 Frontstellen – 20 Prozent Leistungsabbau bedeutet also 340 Polizistinnen und Polizisten weniger. Bei der Rettungssanität – der Feuerwehr – sind es 130 Stellen weniger. Bei den Stadtspitälern Triemli und Waid heisst das 800 Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger sowie weiteres Personal, wie etwa aus dem IT-Bereich, weniger. Das ist verantwortungslos. Das bedeutet auch weniger Velowege, weniger Klimaschutz. Was wären die Auswirkungen auf die Krippen, deren Plätze weitgehend von der Stadt subventioniert werden? Das bedeutet nicht nur 20 Prozent Mehrkosten, denn durch den Subventionsabbau vonseiten der Stadt von 20 Prozent entstehen weitere, deutliche Kostensteigerungen: Eltern müssten für ein Kind statt 240 Franken pro Monat neu 672 Franken bezahlen. Auf das Jahr gerechnet ergibt das mehr als 5000 Franken an zusätzlichen Kosten infolge dieses Postulats. Die GLP wird wahrscheinlich sagen: «Wir meinen gar nicht all das – wir meinen ganz andere Dinge.» Da lohnt sich ein Blick in die Anträge der GLP zum Budget. Wo sieht die GLP Sparpotenzial, wenn nicht bei den Polizistinnen und Polizisten, der Rettungssanität, den Velowegen oder bei den Stadtspitälern Triemli und Waid? Die GLP stellt konkrete Sparvorschläge im Umfang von 272 000 Franken. Dieses Postulat fordert aber Kürzungen im Umfang von 20 Prozent auf den beeinflussbaren Teil der neun Milliarden Franken einer Legislatur – wobei über eine Legislatur das meiste beeinflussbar ist. Da reden wir über Kürzungen in der Grössenordnung von anderthalb Milliarden Franken. Die erwähnten 272 000 Franken sind 0,02 Prozent dieser 1,5 Milliarden Franken. Mir ist klar, dass die GLP eine Freundin des Outsourcings ist, aber nicht alles kann an STR Daniel Leupi und den Stadtrat ausgelagert werden, wenn man zu einem Sparvolumen von 1,5 Milliarden Franken nur Vorschläge in der Höhe von 272 000 Franken vorlegt. Da hat man die Arbeit zu 0,02 Prozent erledigt und versucht, die anderen 99,98 Prozent abzuschieben. So geht das nicht; ich danke für die Ablehnung.*

**Severin Pflüger (FDP):** *Mani Matter wurde heute bereits bemüht und ich bemühe ihn nochmals. Sie kennen das Lied des Alpenrundflugs: Der hintere Freund im Flugzeug sagt, das Benzin gehe aus und der vordere sagt, der hintere müsse lauter sprechen. Der hintere entgegnet, nein, der vordere solle landen – und so weiter. STR Daniel Leupi mit seiner Stadtverwaltung kommt mir im Moment so vor. Alle sind derart mit ihrer aktuellen Aufgabe beschäftigt, dass sie gar nicht überprüfen können, ob das, was sie tun, überhaupt sinnvoll ist. Es besteht eine gewisse Wende gegenüber der Argumentation*

der Vorjahre. Dort wurde immer wieder gesagt, Leistungsüberprüfung sei ein Dauerauftrag. Einen Pin mit diesem Satz sollte sich jeder Finanzvorstand ans Revers heften. Aber heute sagt er: «Sorry, das geht nicht. Ich habe keine Zeit.» Man habe derart viel zu tun mit den Dingen, von denen wir nicht wissen, wie man sie braucht, dass man nicht darüber nachdenken könne, ob man sie brauche. Hätte er einen Antrag für drei zusätzliche Stellen, die er in seinem Stab für die Leistungsüberprüfung benötigt, er hätte eine Mehrheit. Ich würde diesen Antrag vorbringen – aber nur, wenn er das auch will und er diese Stellen gebrauchen kann. Den Weg über die Motion haben wir schon 100 Mal probiert – er funktioniert nicht. Florian Utz (SP) antworte ich: Wenn wir sagen, wir wollten davon weniger oder weniger Kommunikation, heisst es immer, am konkreten Ort gehe es nicht, aber man könne an anderen Orten schauen. Wir hätten als Gemeinderat auch zu wenig Wissen darüber, denn Leistungsüberprüfung sei eine Regierungsaufgabe – und heute heisst es, sie sei eine Aufgabe des Parlaments.

**Susanne Brunner (SVP):** Die Stadt Zürich braucht diese Fitnesskur, die dieses Postulat fordert. Zu sagen, man sei jetzt dermassen mit den derzeitigen Aufgaben beschäftigt, dass man nicht einmal denken könne, bringt mich ins Grübeln. Die Leistungsüberprüfung muss keinesfalls bis im Januar 2021 abgeschlossen sein. Liest man den Einleitungssatz des Postulats genau, soll sie in den Jahren 2022 bis 2026 greifen. Das Vorbereiten dieser Fitnesskur, bei der in allen Departemente die Notwendigkeit von Leistungen hinterfragt werden soll, muss jetzt beginnen. Aber dafür haben wir noch einige Monate im Jahr 2021 Zeit. Die SVP-Fraktion unterstützt darum dieses Postulat.

**Ernst Danner (EVP):** Dieses Postulat der GLP geht in eine ähnliche Richtung wie das vorangehende der FDP: Die Überprüfung der Effizienz und Leistungen der Stadtverwaltung. Die EVP unterstützt dies – nicht, weil sie wahnsinnig überzeugt wäre von der Wirkung solcher Programme, sondern weil es sich um eine Daueraufgabe handelt, die permanent gemacht werden muss. Das erste Effizienzprogramm, das ich in der Verwaltung erlebte, war 1986 und hiess Veras. Bis zu meiner Pensionierung gab es sicherlich noch 10 bis 15 weitere solcher Programme mit schönen Fantasienamen. Fast alle haben nicht viel gebracht. Warum unterstützen wir es trotzdem? Solche Programme sind der Stachel im Fleisch der Verwaltung. Man bringt zwar unsinnige Vorschläge, die sicherlich abgelehnt werden, aber es ermutigt einen, die Effizienz zu überprüfen. In der Stadtverwaltung ist dieses Gefühl noch nicht so ausgeprägt, wie es sein sollte. Vielleicht tue ich jemandem Unrecht, doch ich hatte während meiner Arbeit im kantonalen Personalamt immer das Gefühl, die Stadt hätte ein so schönes, riesiges Personalamt. Sie hatten aber weniger Mitarbeiter als der Kanton und zudem in den Direktionen ebenfalls sehr viele «Personaler». Da hätte es sich gelohnt, zu schauen, ob der Kanton unterdotiert oder die Stadt überdotiert ist. Genau solche Sachen sollte man laufend durchführen. Darum glauben wir, das Überweisen dieses Vorstosses ist eine gute Sache, damit die Stadt das Anliegen ernst nimmt.

**Sven Sobernheim (GLP):** Florian Utz (SP), wir können bei deiner Jungpartei anfragen, ob sie die 300 Polizisten streichen möchte. Ich bin mir nicht sicher, wer von uns eine Mehrheit finden würde. Es hiess, wir sollten konkret sagen, wo man sparen soll. Als wir das letzte Mal konkrete Vorschläge machten, hiess es, wir machten Rasenmäheranträge. Ich weiss nicht, ob ihr diese Rasenmäheranträge zurück möchtet oder es nicht doch lieber dem Stadtrat überlassen möchtet, zu sagen, wo es sich lohnt.

**Shaibal Roy (GLP):** Das Bild der 800 Stellen, die in den Spitälern gestrichen werden, oder das Bild der Polizei, bei der x-Hundert Stellen gestrichen werden, sowie Angst zu verbreiten, wir würden mit diesem Postulat die Sicherheit und die Gesundheit der Stadtbevölkerung aufs Spiel setzen, das ist nicht richtig. Wir haben gefordert, man solle die beeinflussbaren Kosten entsprechend beeinflussen. Wir haben auch explizit gesagt,

*dass davon die Bildung und die Gesundheit ausgeschlossen sind. Florian Utz (SP): Bring bitte nicht diese Beispiele, denn das steht nicht in diesem Postulat. Spricht man über die von der GLP gestellten Anträge, wünscht man sich offensichtlich eine ellenlange Budgetdebatte mit vielen Einzelanträgen zurück. Das ist aber nicht das Vorgehen, das sich die GLP wünscht. Hier zu beziffern, wie viel wir aus dem Budget gestrichen haben, repräsentiert nicht die Flughöhe oder die Aufgabe des Parlaments. Das Parlament sollte nicht mit dem Budget Stadtrat spielen wollen, aber genau das versucht die SP mit x-Budgetanträgen. Sie will granular auf einzelnen Dienstabteilungsstufen sagen, wo temporäre Stellen geschaffen werden, wem wie viele Franken pro Stunden bezahlt werden sollen. Der Stadtrat soll diesen Auftrag annehmen und mittelfristig – und eben nicht aufs nächste Budget, sondern auf die nächste Legislaturperiode – überlegen, wo man zugunsten von nötigen Leistungserbringungen, die es aufgrund des Bevölkerungswachstums gibt, Kompensationen bei anderen Funktionen machen kann. Zum Beispiel bei Querschnittsfunktionen, die es bei Überlappungen gibt und man sich fragen kann, ob das in diesem Ausmass stattfinden muss. Dieser Wille fehlt, was schade ist.*

**Walter Angst (AL):** *In diesem Saal wird tragischerweise aneinander vorbeigeredet. STR Daniel Leupi hat gesagt, die Stadtverwaltung hätte einen Auftrag, diese Listen zu aktualisieren, die man immer führt – und wegen vorgebrachter Anträge jetzt wohl auch etwas intensiver führt. Shaibal Roy (GLP): Es ist wahrscheinlich so, dass der Detaillierungsgrad dieses Auftrags etwas über das Ziel hinausschiesst. Auch diese 20 Prozent sind unscharf. Sie können so richtig kräftig gemeint sein, aber sie könnten auch genau das repräsentieren, was STR Daniel Leupi sagte. Hier oben steht: «ein Effizienz- und Entlastungspaket, inklusive umfassenden Leistungsüberprüfungen, unterbreitet werden kann». Natürlich ist es nicht Aufgabe des Gemeinderats dieses Paket abzusegnen. Man kann es auch so interpretieren, er solle einmal sagen, was er macht und was er herausgefunden hat. Das erwarten sowohl die RPK als auch der Gemeinderat. Hier eine sture Gewaltentrennung zu machen, hilft der finanzpolitischen Steuerung der Ausgaben sicherlich nicht. Wir bleiben dabei: Das hier Geschriebene schiesst deutlich über das Ziel hinaus, aber es ist sicher nicht so zu interpretieren, als hätte der Stadtrat gar nichts zu tun. Es geht auch nicht an, jedem Antrag der SP hinterher zu hoppeln, die 1,2 Millionen Franken ins Budget stellt, weil in der Antwort des Stadtrats von «zwölf Stellen» die Rede war.*

Das Postulat wird mit 50 gegen 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

### **3330. 2020/396**

**Weisung vom 16.09.2020:**

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2021 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

1. a) Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2021 werden genehmigt.  
b) Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2021 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 17 420 000.–

nach erfolgter Lohnrunde 2021 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2021 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2021 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2021, Vorlage des Stadtrats vom 16.09.2020
- Produktgruppen-Globalbudgets, Vorlage des Stadtrats vom 16.09.2020
- Novemberbrief vom 04.11.2020
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 30.11.2020
- Anträge der RPK vom 30.11.2020, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Felix Moser (Grüne)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3311/2020–3316/2020)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2020/395, Beschluss-Nr. 3310/2020.

Kommissionsminderheit/-mehrheit zum Rückweisungsantrag und zu den Dispositivziffern 1a und 1b:

**Severin Pflüger (FDP):** *Endlich kommen wir zum Rückweisungsantrag, dem Phantom, das die ganze Zeit schon in diesem Rat umhergeht. Allen Eindrücken, die Sie bis anhin zu diesem Rückweisungsantrag als Ausgeburt der Austeritätspolitik der Liberalen gewonnen haben, muss ich eine Abfuhr erteilen. Es geht auch nicht um harte Eingriffe in die Aufgaben der Stadt zulasten der Bevölkerung. Es ist auch kein Kahlschlag der städtischen Finanzen. Es ist auch kein komplettes Lahmlegen der Stadtverwaltung, der Schulen, Spitäler und Polizisten. Es ist ein einfacher Auftrag an den Stadtrat, das uns vorgelegte Budget zu überdenken, weil er diesem falsche Prämissen vorangestellt hat und wir es auch mit 100, 200, 400 oder auch 1000 Anträgen nicht retten können. Dieses Budget hat mit dem Novemberbrief 155 Millionen Franken Defizit – das ist für die Stadt in einer Krise noch kein Problem. Man hat 1,5 Milliarden Franken Eigenkapital. Setzt man jetzt 10 Prozent dieses Eigenkapitals in einem Krisenjahr ein, ist das kein Problem. So können wir zehn Krisenjahre hinter uns bringen. Das Problem ist, dass die Prämissen dieses Budgets falsch sind. Die wichtigste Prämisse hat damit zu tun, dass das Kri-*



senjahr verkannt wird. Das 155-Millionen-Defizit wäre gerechtfertigt, wenn man im Krisenjahr weniger Steuereinnahmen hätte, weil die Leute aufgrund der Krise weniger verdienen oder weniger Vermögen haben. Es wäre auch dann gerechtfertigt, hätte man in einer Krise mehr Ausgaben für Soziales: Für Auffangprojekte, Gassenküchen, Weiterbeschäftigungsprogramme für die unbeschäftigten Taxifahrer et cetera. Aber auch das ist es nicht. Zum ersten Punkt – den fehlenden Steuereinnahmen, die in einem Krisenjahr ein Defizit rechtfertigen – möchte ich Sie auf die Schätzungen des Stadtrats zu den Steuereinnahmen 2021 verweisen und dort auf die Einkommenssteuer des Rechnungsjahrs der natürlichen Personen. Er budgetiert dort 1,15 Milliarden Franken. Der Stadtrat hat für die Steuereinnahmen der natürlichen Personen noch nie einen so hohen Betrag budgetiert – ich kann das schlecht nachvollziehen: Dieses Jahr war ein Drittel der Bevölkerung in Kurzarbeit, am Flughafen wird nur noch ein Viertel der Leute transportiert, 40 Prozent der Fracht des Flughafens wird nicht transportiert und Taxifahrer stehen herum. Die Statistik der Arbeitslosenkasse zeigt für den Monat Dezember gegenüber der Vorjahresperiode 10 000 mehr Arbeitslose. Da kann ich mir nicht vorstellen, dass die natürlichen Personen nächstes Jahr mehr Steuern bezahlen sollen als jemals in der Geschichte der Stadt Zürich. Man kann darauf antworten, es seien die Leute mit tiefen Einkommen von der Krise betroffen, die sowieso keine Steuern bezahlen und die Reichen mit den hohen Einkommen, die die Steuern bezahlen, werden weiterhin kassieren. Unser Steuersystem ist progressiv und auf Umverteilung ausgerichtet. Aber so, wie ich den Markt gelesen und verstanden habe, müssen jene mit den tiefen Einkommen arbeiten, damit jene mit den hohen Einkommen ein hohes Einkommen erhalten. Fallen aber all diese Jobs in den Küchen der Restaurants weg, verdient der Wirt auch nichts. Ich kann dieser Zahl nicht glauben. Man kann noch sagen, es gäbe Verschiebungen: Im September werden diese noch bezahlen, aber in den Vorjahren wird das noch anders. Betrachte ich aber die Einkommenssteuern des Vorjahres für die Prognose 2022, landen wir bei 233 Millionen Franken Vorjahressteuereinnahmen bei den natürlichen Personen und auch das ist mehr als für 2020 und 2019. Die Grundannahme bricht weg, das Defizit sei wegen wegbrechender Steuereinnahmen in einer Krise gerechtfertigt. Wir haben in diesem Budget ein Defizit, obwohl wir Steuereinnahmen in noch nie dagewesenem Ausmass budgetieren. Zur zweiten Grundannahme, wir hätten Ausgaben, weil es eine Krise gibt: Betrachtet man das Budget und den Text zum Budget, dann steigen die Ausgaben der Stadt nicht, weil wir ein Krisenjahr haben, sondern weil der Stadtrat davon ausgeht, dass die Bevölkerung wächst und damit die Aufgaben. Das ist die gleiche Leier wie in den vergangenen Jahren. Für nächstes Jahr wird eine Bevölkerung von 445 000 Personen budgetiert – oder 11 000 mehr als letztes Jahr. Letztes Jahr hatten wir 434 000 Personen, dieses Jahr gemäss Plan 439 000 und nächstes Jahr 445 000. Das heisst, von diesem auf letztes Jahr wären wir um 5000 Einwohner und auf nächstes Jahr rund 6000 Einwohner angewachsen. Betrachte ich die aktuellen Bevölkerungszahlen des statistischen Amts, komme ich zur Einsicht, dass im September nicht etwa 5000 mehr Personen in der Stadt wohnen, wie es gemäss Budget vorgesehen ist, sondern dass gleich viele wie 2019 hier leben. Es sind keine Personen in die Stadt Zürich zugewandert. Und nun sollen im nächsten Jahr – das ein weiteres Krisenjahr sein wird – 11 000 Personen hinzukommen? Die zweite Prämisse ist also kreuzfalsch. Der Stadtrat geht ein hohes Pokerspiel ein, wenn er glaubt, es bleibe so: Die Steuereinnahmen werden sprudeln und die Leute werden zuziehen. Natürlich kann man sagen, wir wissen wie viele Wohnungen im nächsten Jahr gebaut werden und so weiter. Wer sagt uns aber, dass diese Wohnungen nicht leer bleiben? Dass diese Wohnungen im nächsten Jahr fertig gebaut werden und welche Bauprogramme, die im nächsten Jahr angesagt wurden, auch dann realisiert werden? Das wissen wir nicht, aber wir planen bereits mit diesen Zahlen und mit diesen Ausgaben. Wenn diese Prämissen falsch sind, ist das Budget falsch. Es geht nicht darum, Aufgaben herunterzufahren, die wir heute haben, die Stadtverwaltung zu beschneiden oder Sand ins Getriebe zu werfen. Es geht darum, eine realistische Prog-

nose für das nächste Jahr aufzustellen und nach dieser realistischen Prognose zu budgetieren. Man kann auch blind in die Wand fahren und diesen Rückweisungsantrag ablehnen oder diesen Antrag annehmen und das Budget nochmals überdenken. Wenn der Stadtrat dann in einer Klausur zur gleichen Einsicht gelangt, es komme so heraus, wie wir es geplant haben, dann ist das in Ordnung. Aber dann hätten wir gerne Beweise dafür, dass es so ist, wie er hier schreibt. Papier ist geduldig und ein Defizit von 155 Millionen Franken auf geduldiges Papier zu schreiben, darf man nicht. Es ist durchaus möglich, dass zu den budgetierten 155 Millionen im nächsten Jahr nochmals 155 Millionen Franken hinzukommen, weil wir uns in den Grundprämissen verkalkuliert haben. Es ist nicht so, dass die Stadtverwaltung einfach stehen bleiben wird, wenn man die Rückweisung macht. Wir sind nicht in den USA, wo ein Shutdown auf eine Nicht-Einigung der beteiligten Parteien folgt. Alles kann weitergehen, nur können keine zusätzlichen Stellen aufgebaut werden, solange das Budget zurückgewiesen ist und der Stadtrat kein neues eingereicht hat.

**Felix Moser (Grüne):** Severin Pflüger (FDP) schilderte anhand von zwei angeblich falschen Prämissen, weshalb die FDP dieses Budget zurückweisen möchte. Der erste Punkt: die Steuern. Bezeichnend ist nicht nur, was jemand sagt, sondern auch, was jemand nicht sagt. Zu den juristischen Personen habe ich nichts gehört, denn diese gehen im Budget des Jahres 2021 leicht zurück und – was viel wichtiger ist – sie basieren auf unbestrittenen Werten. Die Stadt macht bei den 250 Unternehmen, die die meisten Steuern bezahlen, jeweils eine Umfrage. Diese hat im Sommer 2020 stattgefunden – nach der ersten Welle, die Unternehmen wussten also bereits, was die Pandemie ist. Die Pandemiezahlen sind in den Steuereinnahmen der juristischen Personen sicherlich schon eingerechnet. Bei den natürlichen Personen kann ich Severin Pflüger (FDP) entgegen: Wenn du diese Bücher liest, musst du alle Zahlen lesen. Dann siehst du, dass die grösste Veränderung bei den Quellensteuern geschieht, weil der Kanton unregelmässig abrechnet und die Gelder nicht immer im gleichen Rhythmus auszahlt. Wenn du diese wegrechnest, befinden wir uns nicht mehr auf Rekordhöhe, sondern analog Vorjahr – sogar noch etwas tiefer. Ich kenne ebenfalls viele Unternehmen mit Kurzarbeit, die ihren Mitarbeitenden 100 Prozent des Lohns ausbezahlen. Diese Mitarbeitenden haben ihre normalen Löhne erhalten. Der von dir unbewiesene Vorgang könnte also gut nicht eintreffen. Die zweite ausgeführte Prämisse war das Wachstum der Stadt. Das Wachstum findet nach wie vor statt. Es hat momentan weniger Zuzüge, aber bei den Schulen wird sich das stetige Wachstum auswirken, denn die 1-; 2-; 3-jährigen Kinder, die in die Schule werden gehen müssen, sind bereits hier. Es braucht also neue Schulhäuser und Lehrpersonen. Dasselbe gilt in den Spitälern. Mindestens jene, die in der RPK sitzen, wissen, dass die 640 neu geschaffenen Stellen – die Hälfte davon bei den Schulen, 120 bei den Spitälern, ein Teil bei den VBZ – für jene sind, die bereits hier sind. Über die, die noch kommen, können wir beim FAP sprechen. Das im Budget Geplante ist durchwegs sinnvoll. Es gibt keinen Grund, das Budget darum als falsch zu bezeichnen. Mit der Rückweisung würde die Stadt im Januar ohne Budget dastehen. Du tust so, als wäre dies völlig normal und kein Problem. Es ist nicht mehr so, dass es in den Altersheimen nur noch Cervelat zu essen gibt, wie vor zehn Jahren, aber der Stadtrat wäre gezwungen, mit einem Notbudget zu starten, mit dem nur noch gesetzlich gebundene Ausgaben getätigt werden können. Das wäre gravierender, als du es dargestellt hast. Insbesondere wäre dies ein grosses Problem für das städtische Gewerbe, das echte Probleme bekäme, hätte die Stadt kein Budget zu Verfügung oder auch für die hier lebenden Menschen. Diese Rückweisung bringt gar nichts und ist darum abzulehnen. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass das Budget gut ist. Ich begründe nun auch die Mehrheit der RPK zum Budget und nicht nur zur Rückweisung. Die 155 Millionen Franken Defizit sind vertretbar – das sagte Severin Pflüger (FDP) – und somit kein Grund, das Budget abzulehnen. Die Kritik muss ich zurückweisen, da sie auf

*falschen Annahmen basiert. Die Stadt hat auch nach diesem Budget ein Polster von einer Milliarde – ein oder zwei schlechte Jahre sind verkraftbar. Die Stadt kann sich auch durchwegs mit den betroffenen Menschen und Unternehmen solidarisch zeigen und auch weitere Unterstützungsbeiträge leisten. Das schadet dem Budget nicht und das Defizit wird nicht allzu viel grösser. Für die Mehrheit ist es deshalb wichtig, dem Budget mit allfälligen Änderungen zuzustimmen. Die Mehrheit empfiehlt Ihnen, dem Budget mit den allfälligen Änderungen schlussendlich zuzustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Gestern hat sowohl der Regierungs-, als auch kurz darauf der Bundesrat verschärfte Massnahmen gegen die Coronapandemie kommuniziert. Die Lage im Gesundheitsbereich ist offensichtlich ernst. Was man in einer solchen Situation tut oder eben nicht tut, hat weitreichende Folgen. Der Stadtrat steht hinter dem Vorschlag, den wir Ihnen unterbreiten. Wir haben ihn sorgfältig erarbeitet, im Wissen um zahlreiche Unsicherheitsfaktoren, die in der Zukunft liegen. Wir haben uns entschlossen, Ihnen ein Budget für das Jahr 2021 zu unterbreiten, das einen negativen Saldo hat. Das hat gute Gründe: Die Stadt hat das nötige Eigenkapital zur Verfügung, da wir es für genau solche Situationen angespart haben, um diese Coronakrise aktiv und handelnd meistern zu können. Das genau für eine solche Situation angespartes Eigenkapital nicht einzusetzen und stattdessen Ausgaben herunterzufahren, würde die Lage für das Gewerbe, die Wirtschaft, die Bevölkerung insgesamt noch weiter verschlechtern. Nicht umsonst werden wir aus dem Baugewerbe via Gewerbeverein der Stadt Zürich bestürmt und mit Fragen gelöchert, warum wir nicht mehr Bauaufträge im Tiefbau vergeben. Es geht um unsere Wirtschaft und unsere Unternehmen. Die Stadt erteilt auch Aufträge. In den letzten Jahren haben wir bei guten Erträgen in unsere Stadt investiert und auf Steu-  
ersenkungen verzichtet. Nun zeigt sich, dass wir das nach dem Motto gemacht haben: «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.» Mit der Politik, die die Antragsstellenden des Rückweisungsantrags vertreten, wären wir nicht an diesem Punkt. Es zeigt sich: Es war richtig, Reserven anzulegen. Die Stadt ist auf dieser Grundlage in der Lage, Unterstützung zu gewähren für besonders betroffene Bereiche, für das Gewerbe, die Kultur und Weitere und das tun wir auch schnell und entschlossen. Zum Beispiel mit Beiträgen an Zürich Tourismus zur Unterstützung des gebeutelten Hotelleriegewerbes, mit Mieter-  
lassen für Gastrobetriebe oder sonstige Geschäftsmieterinnen und -mieter der Stadt, mit der Möglichkeit, kostenlos Boulevardgastronomieflächen auszuweiten oder mit der Not-  
hilfe für die Bevölkerung und Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer. All diese Massnahmen und Zusatzaufwendungen im Gesundheitswesen können wir auffangen dank des angesparten Eigenkapitals. Wir können damit auch auftretenden Minderein-  
nahmen abfedern. Die Stadt Zürich funktioniert. Die heraufbeschworenen Höllenritte er-  
innern mich im Sinne eines Déjà-vus an den Pleitegeier, der vor ein paar Jahren über der Stadt kreiste – gemäss den gleichen Gruppierungen – aber dann jämmerlich ab-  
stürzte. Eine Rückweisung dieses Budgets würde die Handlungs- und Unterstützungsfähigkeit der Stadt lange Zeit blockieren. Wir würden mit einem Notbudget fahren, was die Krise weiter verschärfen würde. Konkret bedeutet dies: Dem Gewerbe gehen über Mo-  
nate Aufträge verloren und zusätzliche Unterstützungsmassnahmen, die die Antrags-  
stellenden durchaus fordern, werden verunmöglicht. Das ist das Allerletzte, was das Zürcher Gewerbe jetzt gebrauchen kann. Es trifft insbesondere die Verletzlichsten unse-  
rer Gesellschaft, aber auch die Wirtschaft und Zehntausende von Angestellten und Un-  
ternehmerinnen und Unternehmern und ihre Familien. Der Stadtrat bittet Sie, das Budget 2021 noch im Dezember zu verabschieden und den Rückweisungsantrag abzu-  
lehnen.*

**Susanne Brunner (SVP):** Es muss jetzt gehandelt werden – das erkannte die SVP-Fraktion bereits im Sommer. Wir reichten mit der FDP zusammen das Postulat GR Nr. 2020/225 ein, das den Stadtrat auffordert, ab dem Jahr 2022 wieder ausgeglichene Rechnungen vorzulegen. Anstrengungen in diese Richtungen sind in diesem Budget nicht zu finden. Das Budget 2021 sieht auch aus, als gäbe es keine Wirtschaftskrise. Das Defizit von 155 Millionen Franken ist nicht nur – oder nur zu einem kleinen Teil – auf die zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit Corona zurückzuführen. Das hohe Defizit hat mit dem hohen Stellenwachstum von über 600 neuen Stellen zu tun, die im Budget 2021 vorgesehen sind. Sie müssen sich vorstellen: Das Stellenwachstum ist höher als im Budget 2020 und bringt jährlich wiederkehrende Kosten. Darum ist das ein klares Indiz, dass wir hier in die falsche Richtung marschieren. Wir befinden uns in einer Krisensituation. Gleichzeitig muss die SVP-Fraktion feststellen, dass an Projekten festgehalten wird, die in dieser Krise nur noch als Narreteien bezeichnet werden können, zum Beispiel NEXPO. Auf der Website von NEXPO heisst es: «2016 haben die Stadtpräsidentinnen und Stadtpräsidenten von Basel, Bern, Biel, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich bei einem Espresso die Idee einer neuen Expo gehabt und kurz danach eine Projektskizze in Auftrag gegeben. Die Idee der NEXPO war geboren.» Diese Schnapsidee muss in Anbetracht der Coronapandemie, der enormen Einschränkungen und Kosten, die wir als Gesellschaft zu tragen haben, unverzüglich gestoppt werden. Ganz einfach, weil das Geld dafür fehlt. Eine weitere Narretei – um ein anderes Beispiel zu nennen – wären die Kosten und Investitionen für Abbruch und Neubau des Pfauensaals. Das nicht nur, weil der Saal es wert wäre, erhalten zu werden, sondern auch, weil wir solche Dinge in der Krise nicht tun dürfen. Ganz einfach, weil das Geld dafür fehlt. Wir fordern den Stadtrat darum auf, eine Leistungsüberprüfung zu machen, weiterzudenken, wie wir eine gesunde, finanzielle Situation in dieser Stadt sicherstellen können – im Jahr 2021, aber auch darüber hinaus. Dazu ist das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen. Der Stadtrat muss Verzicht üben. Das uns vorliegende Budget ist kein gangbarer Weg, denn es widerspiegelt die völlige Realitätsverweigerung des Stadtrats. Darum unterstützt die SVP-Fraktion die Rückweisung.

**Renate Fischer (SP):** Ich möchte zuerst zum Rückweisungsantrag Stellung beziehen. FDP und SVP wollen das Budget zurückweisen und ein von Severin Pflüger (FDP) genannter Grund dafür ist, dass die zugrundeliegenden Zahlen des Budgets schlicht angezweifelt werden. Ich teile den Vorbehalt, dass das Bevölkerungswachstum aufgrund der Krise vermutlich nicht so stattfinden wird, wie das in den städtischen Bevölkerungsszenarien – die vor dieser Krise erstellt wurden – dargestellt wird. Ich teile auch die Besorgnis, dass die Steuereinnahmen nicht ganz so hoch ausfallen werden, wie sie budgetiert wurden. Allerdings muss man auch sagen: Wir alle wissen nicht, wie sich das Bevölkerungswachstum entwickeln wird. Löst die Pandemie eine Trendwende aus oder wächst die Bevölkerung nach der Krise weiter wie geplant? Das weiss niemand und Prognosen sind reine Spekulation. Bei den Steuereinnahmen wurde uns plausibel dargelegt, dass einige Faktoren – insbesondere bei den natürlichen Personen – erst 2022 zum Tragen kommen und, Felix Moser (Grüne) erwähnte zuvor, dass Nachzahlungen der letzten Jahre ausstehen und dass die budgetierten Steuereinnahmen der juristischen Personen auf einer Umfrage beruhen, die der Stadtrat im Sommer durchführt hat. Auch wenn ich die Einschätzung teile, dass das vorliegende Budget mit vielen Unsicherheiten behaftet ist, haben wir keine bessere Prognose und die Ausgangslage ändert sich momentan ständig. Eine Rückweisung aufgrund der unsicheren Prognosedaten macht für mich keinen Sinn – auch weil ich es für wichtig halte, handlungsfähig zu bleiben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich etwas zur beantragten Senkung des Steuerfusses und dem Argument sagen, dies käme schliesslich allen zugute: Wir wissen alle, dass aufgrund der Steuerprogression die Wenigverdiener, die aufgrund der Pandemie besonders betroffen sind, kaum entlastet würden und die, die es sich leisten könnten, ihren Beitrag zu leisten, stark entlastet würden. Die SP setzt sich auch darum für einen stabilen Steuerfuss von 119 Prozent ein.

**Walter Angst (AL):** Der Überraschungscoup mit den Zahlenspielereien ist Severin Pflüger (FDP) gelungen. Nur ist es bemerkenswert, dass in eurer Fraktionserklärung gar nichts davon steht. Dort drin wird die Rückweisung ganz anders begründet als in deinem Votum. Da steht nichts von falsch hinterlegten Steuer- und Bevölkerungsdaten. Es steht, der Stadtrat wolle nicht sparen. Es gibt gute Gründe, in der Krise den Sparhebel nicht anzulegen, was selbst du gesagt hast. Es wird berechtigterweise gefordert, der Stadtrat solle das Budget überarbeiten, damit nicht neue Stellen geschaffen werden und der Apparat ins Stocken gerät. Angesichts der Debatte in der RPK finde ich das schwierig. Die entscheidende von dir gestellte Frage an mich war, ob man nicht rasch zurückweisen solle, damit die Daten überprüft werden. Ich habe dich gebeten, eine konkrete Frage zu stellen zur Entwicklung der Bevölkerungszahlen, der Steuereinnahmen und wie kalkuliert worden ist. Man kann durchaus die Frage stellen, ob das alles korrekt ist. Betrachtet man aber die Antworten, wurden sehr plausible Gründe angeführt, warum diese Daten so drinstehen. Du hast darauf keine Nachfrage gestellt und es steht nun Behauptung gegen Behauptung und deine ist schwächer, da du Hochrechnungen mit dem Griffel machst und auf der anderen Seite Leute stehen, die plausible Begründungen anführen, wie sie zu ihren Ergebnissen kommen. Du hast selbst gesagt – und dies ist erwiesen – dass vor allem die unteren Einkommen unter der Coronakrise litten. Und das tun sie massiv – wahrscheinlich zahlt von denen gar niemand mehr Steuern in der Stadt Zürich. Auch vom Steueramt wurde erstellt, dass in den Prognosen und in den Zahlungen 2021 vor allem Steuererklärungen und Steuerdaten aus dem 2018 und 2019 stecken. Es wurde auf die Wohnbautätigkeit verwiesen. Auf dieser Basis einen Rückweisungsantrag stellen zu wollen, ist starker Tobak und eine Scharade. Es ist richtig, den Stadtrat zu bitten, im zweiten Quartal eine Zwischenbilanz zu ziehen und das bisher Gesagte zu überprüfen. Aber in dieser Situation weiter als das zu gehen, bedeutet Unsicherheit zu verschärfen, statt die Basis zu schaffen, aus dieser hybriden Krise herauszukommen. Dieser Antrag auf Rückweisung des Budgets ist fachlich völlig unbegründet.

**Severin Pflüger (FDP):** STP Corine Mauch, ich schätze es, dass Sie Ihr ganzes Gewicht in diese Budgetdebatte werfen und Ihre Führungsrolle wahrnehmen. Leider sind gewisse Äusserungen faktenfrei, insbesondere, dass das Gewerbe unter dem Rückweisungsantrag leiden würde, weil der Stadtrat keine Aufträge mehr erteilen könne. Wenn wir das Budget zurückweisen, gehen wir davon aus, dass der Stadtrat – wie bei der letzten Budgetkrise – in der Lage sein wird, zeitnah ein neues Budget vorzulegen, das bereits im März vom Gemeinderat verabschiedet werden kann. In diesen drei Monaten werden die Baustellen der Stadt und das Gewerbe nicht stillstehen. Die dafür notwendigen Investitionsbeschlüsse wurden schon vorher und jetzt gefällt und dürfen weiter exekutiert werden. Zu den Zahlen: Ich habe diese Zahlen damals in der RPK angefragt. Es ist nicht so, dass man sich diese Zahlen erst dann grundsätzlich ausgedacht hat. Ich habe nicht nochmal nachgefragt, um nochmals die gleichen Antworten zu erhalten. Die Antworten dünken mich insgesamt zu wenig plausibel. Felix Moser (Grüne), du sagst, die von mir nicht erwähnten Zahlen seien die spannenden – insbesondere jene der juristischen Personen. Ich komme gerne auf diese zu sprechen. Ich gehe nicht davon aus, dass es geheime Zahlen gibt, sondern dass der Stadtrat sich auf die gleichen Zahlen stützt, wie wir im Rückweisungsantrag und da stimmt es, dass die Einnahmen bei den juristischen Personen von 905 Millionen auf 820 Millionen Franken im Rechnungsjahr und im Ganzen von 919 Millionen auf 723,1 Millionen Franken runtergehen. Der Stadtrat erklärt auch, weshalb das so ist, und zwar nicht wegen der Coronakrise, sondern wegen der Steuervorlage 17, dem von Ihnen wegen kommender Steuerausfälle gegeisselten Ding. Felix Moser (Grüne), du sagst, ich hätte das grosse Wachstum bei den Quellensteuern unterschlagen und dieses mache es aus. Ich habe es unterschlagen, weil ich nur zehn Minuten Zeit hatte, das stimmt. Und es stimmt, dass diese Quellensteuern um 65 Millionen Franken steigen, ohne dass ein Steuerpflichtiger mehr bezahlen muss, einfach, weil das System umgestellt wird. Rechnet man diese 65 Millionen

*Franken aus dem gesamten Steueraufkommen der natürlichen Personen heraus, liegen diese noch immer höher als jemals budgetiert. Das ist also nicht der Grund. Damit habe ich der gesamten Begründung der Mehrheit den Teppich unter den Füßen weggezogen. Das Format hier vorne macht es einfach, zahlen- und faktenbasierte Argumente zu verwischen. Dem darf man nicht auf den Leim gehen.*

**Shaibal Roy (GLP):** Die GLP hat die Aufforderungen der FDP in der Form des Postulats im Wesentlichen unterstützt, ist aber auch der Meinung, dass dies mittelfristig angepackt werden sollte. Die unmittelbare Wirkung auf das aktuelle Budget und das Zerpfücken der Zahlen kann die GLP so nicht unterstützen. Es ist tatsächlich so, dass man die momentanen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Steuerertragslage für 2021 kaum exakt einschätzen kann. Das wird auch ein erneutes Budget, ein Notbudget oder ein neu aufgelegtes Budget, das auf eine Rückweisung richtigerweise in Kraft treten müsste, nicht erfüllen können. Das weiss die FDP ganz genau und betreibt hier Fundamentalopposition und Aufmerksamkeitshascherei. Das Budget 2021 ist nicht so spannend, um sich allzu ausführlich damit zu befassen. Dies ist wohl die Erkenntnis aller und äussert sich in den vorliegenden knapp 70 Anträgen. Dieses Budget kann man grosso modo stehen lassen, weil es sowieso nicht zutreffen wird. Es ist schade, dass sich die FDP mit diesem Rückweisungsantrag der konstruktiven Arbeit in dieser Budgetdebatte verweigert. Im Sinne der Ratseffizienz – die sich in den vielen Enthaltungen und in der Abwesenheit von Anträgen äussert – sind wir gegen diesen Rückweisungsantrag und lehnen ihn ab. Nichtsdestotrotz verfolgen wir die Debatte zu den Einzelanträgen als eigentliches Highlight dieses Abends sehr genau und behalten uns vor, das Budget doch noch abzulehnen, sollte die Debatte nicht so verlaufen, wie wir uns das vorstellen – sprich, wenn diese 10-, 15-Millionen-Anträge partout durchgewinkt werden.

**Florian Utz (SP):** Gerade jetzt in der Krise brauchen wir eine starke und solidarische Stadt. Unsere Stadt kann nur dann stark und solidarisch sein, wenn sie handlungsfähig ist. Was wir jetzt mehr als irgendetwas anderes brauchen, ist Handlungsfähigkeit. Wir sind klar der Meinung, dass das Gewerbe leidet. Viele Selbstständigerwerbende sind am Limit und da brauchen wir eine Stadt, die auf neue Begebenheiten reagieren kann. Selbstverständlich kann man unterschiedlicher Meinung darüber sein, was die richtige Reaktion auf diese Krise ist, welche Beträge es genau braucht, ob der von Shaibal Roy (GLP) erwähnte Gebührenerlass der richtige Weg ist oder ob dem Gewerbe mit Steuer-senkungen besser gedient ist – eine Frage, die ich verneinen würde, da dies nur jenem Gewerbe hilft, das Gewinn macht und die Probleme jene haben, die keinen Gewinn machen. Das sind alles legitime Fragen, über die wir debattieren können und sollen. Diese Rückweisung verhindert aber genau eine solche Diskussion. Sie verhindert nicht nur die Diskussion, sondern auch jede Reaktion des Stadtrats auf diese Krise. Es stimmt, dass die Schulen und Spitäler nicht geschlossen werden, gleichzeitig ist es aber auch richtig, was die Stadtpräsidentin gesagt hat: Der Handlungsspielraum des Stadtrats wäre sehr stark eingeschränkt und neue Massnahmen, die infolge einer möglichen Teil-Beizenschliessung ergriffen werden müssten, würden verhindert. Die, ich sage mal neue Begründung der FDP zur Rückweisung, wirft eine spannende Diskussion auf: Wie hoch werden die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren ausfallen? Hier sehe ich persönlich noch viel weniger ein Rückweisungsgrund, als in der ursprünglichen Begründung, denn ob die Prognosen richtig sind, werden wir im März/April 2022 erfahren. Das Steueramt hat in der Vergangenheit extrem gute Schätzungen der Steuereinnahmen gemacht, weshalb ich sachlich ein gewisses Grundvertrauen in diese Schätzungen habe. Gleichzeitig leben wir in Zeiten mit hohen Unsicherheiten und da kann eine Schätzung auch mal falsch liegen, denn über die Zukunft kann man nichts wissen, sondern bloss mutmassen. Gleichzeitig hätten wir durch eine neue Schätzung – auch wenn sie um 10, 20 oder 100 Millionen Franken abweichen würde – nichts gewonnen. Letztlich stehen wir am gleichen Ort. Will man eine komplett andere Politik, so kann eine Rückweisung

sinnvoll sein. Wie gut die Schätzung zu den Steuereinnahmen war, werden wir erst im Jahr 2022 sagen können. Einzig aus diesem Grund eine Rückweisung zu verlangen, ist nicht der richtige Weg, da die daraus resultierenden Schäden fürs Gewerbe zu gross sein würden.

**Marcel Bührig (Grüne):** Über die Auswirkungen einer allfälligen Budgetrückweisung wurde von unserer Seite genug gesagt. Mich interessiert die Analyse der FDP zur Budgetrückweisung mehr. Der heutige und die letzten Tage haben das Gefühl geweckt, die FDP wechsle die Begründung im Minutentakt. Geht man auf die Internetseite der FDP, findet man dort einen Blogbeitrag, der besagt, es gehe um das unnatürliche Stellenwachstum – die Stadt wachse schneller als ihre Bevölkerung. Die FDP präsentiert dort die korrekten Zahlen, die besagen, dass die Bevölkerung um 17 Prozent, der Personalaufwand um 30 Prozent gestiegen ist. Da gebe es eine unnatürliche Differenz, weshalb man das Budget zurückweisen müsse. Betrachtet man diese Zahlen, so fehlt aber etwas Wichtiges, nämlich es fehlt die Analyse, woher diese kommen. Betrachtet man die Vollzeitstellen der Stadt hat man zwischen 2008 und 2020 – das sind auch die Zahlen, die die FDP in ihrem Blogbeitrag nennt – einen Anstieg von 22 Prozent, beim Personalaufwand um 30 Prozent. Das heisst, das Stellenwachstum beträgt nicht 30, sondern 22 Prozent, bei einem Bevölkerungswachstum von 17 Prozent. Die Differenz zwischen Stellenwachstum und Bevölkerungszahl, die die FDP in ihrem Blogbeitrag noch bei 13 Prozent verortet, wird auf knapp 5 Prozent gedrückt. Jetzt müsste man herausfinden, warum die Bevölkerungszahl nicht gleich schnell steigt wie die Stellenzahl. Ein Beispiel findet sich vielleicht im Schulbereich, in dem wir in den letzten Jahren ein Tagesschulsystem geschaffen haben, das pro Schülerin und Schüler mehr Personal benötigt als zuvor, weil die Kinder nun auch über Mittag und über eine längere Zeit betreut werden. Man hat also gegenüber dem Bevölkerungswachstum ein überdurchschnittliches Stellenwachstum. Natürlich kann man nun darüber diskutieren, ob das Angebot intelligent ist. Die Diskussion über Tagesschulen haben wir im Gemeinderat schon vor Jahren geführt und die FDP war dafür, wie auch euer Stadtrat dafür ist, das Tagesschulsystem umzusetzen. Und da läuft aus meiner Sicht nicht viel falsch. Dieses Spiel kann man noch sehr lange weiterspielen. Andere Dinge liegen völlig ausserhalb unserer Kontrolle: Konsulatsschutz – 2018 war die Polizei noch nicht für den Schutz der Konsulate zuständig. Im 2020 sind wir zum Beispiel für den Schutz des türkischen, amerikanischen oder chinesischen Konsulats zuständig. Die für diese Aufgabe notwendigen zusätzlichen Personen tragen ebenfalls einen Teil zum Stellenwachstum bei. Bei diesem Stellenwachstum vergisst man, dass der Bund diese Stellen mitentschädigt. Wir haben dort ein theoretisches Wachstum bei den Stellenprozenten, das nichts mit der Bevölkerung zu tun hat. Von diesen Beispielen gibt es viele, wahrscheinlich Hunderte. Die Stadt kann zum Beispiel nichts für die Flüchtlingsproblematik, diese hat auch nichts mit dem Bevölkerungswachstum zu tun. Es gab eine Zeit mit vielen Flüchtlingen, für die wir Betreuungspersonal brauchten, das vom Bund entschädigt wurde. Allein die beiden Zahlen, die die FDP ursprünglich als Hauptbegründung für ihre Rückweisung nahm, reichen nicht als Argument für diese drastische Massnahme. Natürlich sind die Auswirkungen nicht so drastisch wie in den USA, trotzdem sind wir uns einig, dass eine Budgetrückweisung eine drastische politische Massnahme ist. Dafür wünschen wir uns eine gute Begründung und nicht nur zwei willkürliche Zahlen, die ausserdem nur oberflächlich betrachtet werden. Es heisst nur: «Oh, eine Differenz, Rot-Grün ist schuld, wir müssen das Budget zurückweisen.» Das reicht uns nicht.

**Yasmine Bourgeois (FDP):** Bevor ich auf meinen Vorredner Bezug nehme, möchte ich zum Stellenwachstum in der Schule Stellung beziehen. Ja, wir wollen eine Tagesschule und diese braucht mehr Personal und es braucht mehr Klassenlehrpersonen, weil das Schülerwachstum da ist. Es wachsen aber hauptsächlich die kommunalen Stellen überproportional und dort muss man unserer Meinung nach ansetzen und sicher nicht bei

den Klassenlehrpersonen oder der Tagesschule. Jetzt möchte ich zu den Schauermärchen über die Budgetrückweisung Stellung beziehen – wir kennen diese zur Genüge, etwa aus dem Jahr 2011 oder vom kürzlich zurückgewiesenen Budget in Winterthur. Schon 2011 wurde damit gedroht, dass Frauen an der Strassenecke gebären werden oder die Sanität erst nach 20 statt nach 10 Minuten am Einsatzort sein wird. Man behauptete, die Stadt Zürich könne keine neuen Polizeistellen schaffen und bei der Kinderbetreuung müsse radikal zusammengestrichen werden. All das hat sich selbstverständlich nicht bewahrheitet. Auch heute haben wir die bekannten, linken Aufschreie gehört. Ich möchte nochmal festhalten, dass die meisten wichtigen Ausgaben weiterhin getätigt werden können: Gebundene Ausgaben; Ersatzbeschaffungen von Infrastruktur; Löhne; Ausgaben für bestehende Verträge; Ausgaben an Vereine und Institutionen, mit denen wir Vereinbarungen haben; Ausgaben für angelaufenen Projekte; Härtefallzahlungen durch Bund und Kantone, aber auch solche, die wir selbst beschlossen haben. All das kann trotz Rückweisung weiterlaufen. Da die Mehrausgaben und damit auch der Sparhebel vor allem beim Stellenwachstum liegen, ist es kein Weltuntergang, wenn wir am 1.1.2021 über kein Budget verfügen, da Personen nicht alle im Januar angestellt werden. Die Stadt wird also nicht monatelang handlungsunfähig sein, wie das prognostiziert wurde. Das Beispiel Winterthur zeigt: Es ist innerhalb eines Monats möglich, ein Budget auf die Beine zu stellen und auch während der Rückweisung wird die Stadtzürcher Welt nicht stehen bleiben. Besonders amüsant ist, dass jene, die das Gewerbe sonst nur aus dem Hörensagen kennen, jetzt jammern, dass eine Budgetrückweisung dem Gewerbe schade. Heuchlerischer geht es nicht. Nein, liebe SP und liebe Grüne: Das vorliegende Budget schadet dem Gewerbe und nicht die Rückweisung. Gewerbefreundlich zu sein bedeutet nicht, 100 neue Stellen zu schaffen. Diese helfen dem Gewerbe nicht, müssen aber letztlich auch von diesem bezahlt werden und konkurrenzieren es teilweise auch noch. Gewerbefreundlich ist nicht, wer den KMU in einer Krise das Geld in die eine Tasche stopft und kurz danach aus der anderen Tasche stiehlt. Auch ein Ruf nach Steuererhöhungen wird keine Ent-, sondern eine Belastung des Gewerbes darstellen. Gewerbefreundlich ist auch nicht, wer das Gewerbe 50 Jahre lang verhöhnt und Mittwoch für Mittwoch mit neuen Vorstössen belastet und beübt. Tatsächlich gewerbefreundlich ist, wer den KMU die Mittel und Freiheiten lässt, um erfolgreich wirtschaften zu können und das nicht nur während der Krise, sondern immer. Falls Sie es vergessen haben sollten: Jeder Steuerfranken muss zuerst verdient werden. Aber vielleicht wächst dieser bei Ihnen im rot-grünen Gärtchen. Mit der Rückweisung des Budgets und unserem FAP-Postulat zeigen wir, dass wir Verantwortung übernehmen werden. Es ist die einzig richtige Konsequenz.

**Markus Kunz (Grüne):** Theodor Adorno sagte, es gäbe kein richtiges Leben im falschen. Dieses Zitat kommt mir bei jeder Budgetdebatte in den Sinn, wenn das Parlament 363 Tage im Jahr Leistungen bestellt und dann während der verbleibenden zwei Tagen erschrickt, dass diese Leistungen etwas kosten. Daran sind alle beteiligt, wenn auch die SVP etwas weniger. Gerade vorher haben Albert Leiser (FDP) und Walter Angst (AL) eine Bestellung aufgegeben. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich stehe voll hinter dieser Bestellung, aber diese ist nicht gratis. So läuft es nun mal und ich verstehe jene nicht, die sich darüber aufregen. Es gibt noch ein zweites falsches Leben, das seltsamerweise nie erwähnt wird, weshalb ich das machen muss: Das sind die übergelagerten staatlichen Ebenen. Da gibt es eigenartige Phänomene, wie wenn die FDP das 500-Millionen-Franken-Defizit im Kanton klaglos hinnimmt, aber bei einem vertretbaren Defizit in der Stadt Zürich Zeter und Mordio schreit. Oder dass die Bürgerlichen in Bern hartherzig dem notleidenden Gewerbe die Unterstützung verweigern – wohlwissend, dass die etwas reicheren Städte wie Zürich einspringen werden. Im Antrag heisst es dann «subsidiär». So werden die Lasten innerhalb der staatlichen Ebenen verschoben und den Letzten beißen die Hunde und das sind wir in den Kommunen. Man kann das machen, sollte aber so ehrlich sein und anerkennen, dass die Budgetierung in einer Stadt



wie Zürich eine Verantwortung widerspiegelt, die auf höherer Ebene nicht wahrgenommen wird. Der Kanton Zürich hat zwischen 1999 und 2009 pro Jahr rund eine Milliarde Franken an Steuergeschenken vergeben – und das nicht etwa an den Mittelstand, sondern an jene, die es nicht nötig haben. Dies können Sie in der Schriftlichen Anfrage 7/2014 nachlesen. Seither kamen noch ein paar Unternehmenssteuerreformen hinzu, es ist also noch viel schlimmer geworden. Von den rund 500 Millionen Franken Verlust im Kanton sind 150 Millionen auf die Gewinnsteuersenkung für Unternehmungen zurückzuführen. Das leuchtete sogar der kantonalen SVP ein, während GLP und FDP den Hals noch immer nicht voll haben und eine weitere Steuersenkung fordern. STR Daniel Leupi hat sich dazu bereits geäußert. Dieses Geld fehlt in unseren Krisenzeiten. In der Stadt Zürich werden allein 2021 wegen der Gewinnsteuersenkung 85 Millionen Franken wegbrechen und das führt in der verqueren Logik gewisser Parteien zu diesen Blüten, dass sie eine Leistungsüberprüfung verlangen. Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine Leistungsüberprüfung, sondern es ist eine Aufforderung zum Leistungsabbau. Das kann man wollen, das ist kein Tabu, aber dann muss man auch sagen, wo man abbauen möchte. Dazu habe ich aber nur von Susanne Brunner (SVP) klare Worte gehört, das aber auch nur zur City Card und auf keinen Fall bei Parkplätzen. Wer solche Vorschläge macht, entlarvt den Ruf nach einer Leistungsüberprüfung als gute alte Klientelpolitik. Wir wollen für jene ein wenig mehr Leistungen und ihr wollt für andere ein wenig mehr Leistungen. Ihr wollt diese entlasten, wir andere. Nichts ist normaler als das in einem Parlament. Es ist unredlich, wie die SVP Einnahmenverzicht bei den Bussen befürwortet oder bei den Gebühren für das Gastgewerbe und dabei über das daraus entstehende Defizit jammert oder gar eine Rückweisung des Budgets verlangt. Zu Walter Angst (AL) kann ich sagen, dass wir Grünen finden, dass sich der Staat bei der Ausgabenpolitik antizyklisch verhalten sollte. STP Corine Mauch hat erklärt, was das heisst: In der jetzigen Situation sicherlich keine Leistungen abzubauen. Es weist auf die Dramatik der Situation hin, wenn der Verzicht auf einen Leistungsabbau bereits antizyklisches Verhalten darstellt. Dafür haben wir in den fetten Jahren ein sattes Eigenkapital angespart. Wofür sonst haben wir diese «Nüssli»? Wir fordern jetzt mehr denn je, dass die Stadt in den vorgegebenen Rahmenbedingungen – und Sie wissen so gut wie ich, dass sehr viel vorgegeben ist – eine vernünftige und realistische Budgetierung vornimmt. Wer anderer Meinung ist, will allzu oft bloss verschleiern, dass die übergeordneten staatlichen Ebenen – aktuell ist es vor allem der Bund – kläglich versagt haben, was die Städte und Gemeinden ausbügeln können. Ich bin froh, bügeln wir es aus.

**Martina Zürcher (FDP):** Ich habe zwei Punkte. Erstens stelle ich erfreut fest, dass Marcel Bührig (Grüne) meinen Blogbeitrag gelesen hat und hier ausführlich ausführte. Sie haben recht, wenn Sie sagen, das Stellenwachstum sei mit 22 Prozent nur wenig überproportional gegenüber den 17 Prozent der Bevölkerung. Nur ist das Wachstum beim Personalaufwand mit 30 Prozent stark überproportional. Das heisst, wir haben nicht nur ein überproportionales Stellenwachstum in Vollzeitäquivalenten, sondern auch, dass man in der Stadtverwaltung durchschnittlich massiv mehr verdient also vor ein paar Jahren. Das macht es nicht besser. Ich spreche hier nur vom Personalaufwand in der Stadtverwaltung und nicht von Hilfen für das Gewerbe, Subventionen für die Kinderbetreuung, Aufträgen, die die Stadt vergibt und die Unterstützung der Kultur. Eine Leistungsüberprüfung kann man durchaus auch in den eigenen Reihen ansetzen und sich fragen, wo Effizienzgewinne zu realisieren sind. In den vergangenen Jahren hat das Spiel funktioniert, weil die Steuereinnahmen im gleichen Zeitraum noch viel mehr gestiegen sind. Hätten wir in den vergangenen Jahren nicht unzählige, gutbezahlte Verwaltungsstellen geschaffen, ohne einen sichtbaren Mehrwert zu haben – es handelt sich nicht bloss um Lehrpersonen – so hätten wir noch viel mehr Reserven für diese Krise. Der zweite Punkt: Sowohl der Finanzvorsteher als auch die Stadtpräsidentin haben heute Nachmittag, respektive Abend schon betont, dass das Budget sorgfältig und seriös erarbeitet worden sei. Ich möchte an dieser Stelle auf das von Severin Pflüger

(FDP) erwähnte Beispiel der Grundstücksgewinnsteuer eingehen. Vor etwa fünf Monaten führte ich an gleicher Stelle zur Rechnung 2019 aus, dass der Finanzvorsteher damals bei der Grundstücksgewinnsteuer um die Hälfte danebenbudgetiert hatte. Ich interpretierte dies damit, dass er sich stille Reserven schafft, um Spielraum offen zu halten. Auch beim Budget 2021 haben wir um einen Zwischenstand bei den noch offenen Fällen nachgefragt. Der Finanzvorsteher konnte uns zwar sagen, wie viele noch nicht verrechnete Fälle er pro Kalenderjahr hat. Auf die Frage, welchem Umfang in Franken diese offenen Fälle, die zum Teil einige Jahre in der Vergangenheit liegen, entsprechen, kam die Antwort «keine Ahnung». Das ist entweder sehr bedenklich oder der Finanzvorsteher will es uns einfach nicht sagen. Dabei zahlen die meisten beim Verkauf einer Liegenschaft sofort eine Depotleistung ein. Die einbezahlten Depotleistungen pro Kalenderjahr minus die definitiv verrechneten Fälle wären darum in meinen Augen ein angemessener Schätzer dafür, was noch offen ist.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Heute Abend habe ich mich über die Stadtpräsidentin gefreut, als sie wörtlich den Pleitegeier zitierte, der über der Stadt kreise. Das war ein Votum von mir aus der vorletzten Legislatur und ein Titel eines Zeitungsartikels. Offenbar ist diese Argumentation im Stadtpräsidium eingefahren. Jetzt wird beschwörend gegen diese Rückweisung nach dem Motto argumentiert, die Katastrophe würde ausbrechen, die Löhne und Gehälter würden nicht mehr ausbezahlt und das Gewerbe gehe ein. Es wird gejammert. Die Budgetrückweisung von 2011 beweist, dass dies keine Katastrophe ist. Der Bezirksrat leitete ein Notbudget in die Wege, mit dem wir gut leben konnten. Aber schon damals wurde auf die Tränendrüsen gedrückt. Bei knappen Mehrheitsverhältnissen hat die EVP ebenfalls für eine Rückweisung gestimmt und es wurde versucht, einen Gewissenskonflikt auszulösen. Doch die EVP blieb dabei und hielt Wort. Im Frühling kam dann ein besseres Budget. Die Frage ist: Warum legt die Stadt nicht von Anfang an ein besseres Budget vor? Sie könnte es, aber sie versucht, die Grenzen auszureizen. Das ist falsch und ein derart unbeirrbarer Stadtrat darf nicht honoriert werden. Ein Defizit, das in der Rechnung wahrscheinlich noch höher ausfallen wird als im Budget, wird man auf Kredit finanzieren müssen. Kredit bedeutet Schulden, Schulden bedeuten Zinsen und wenn diese Zinsen eines Tages steigen – sie sind nicht immer so tief wie jetzt – haben wir neue griechische Verhältnisse. Im Kern besteht eine Kosten- und Stellenexplosion, die zu einem solchen Budget führt, wie auch eine entsprechende Geisteshaltung im Stadtrat. Susanne Brunner (SVP) brachte ein gutes Beispiel zu dieser Geisteshaltung: das Schauspielhaus. Natürlich muss dieses durch den Rat und die Volksabstimmung, aber es ist auch Gegenstand der jetzigen Budgetdebatte und zeigt auf, wie der Stadtrat einfach Geld locker macht, um sich selbst ein Denkmal zu setzen. Darüber hinaus ist es ein Frevel, da es ein Denkmal gegen den Nationalsozialismus von anno dazumal ist. Angesichts einer solchen Geisteshaltung kommt einem die englische Literatur in den Sinn. Darum ist es logisch und zwingend, ein solches Budget zurückzuweisen, denn es ist die erste Strecke auf der Geisterfahrt auf der Bahn in die Hölle.

**Michael Schmid (FDP):** Verschiedene Redner von Rot-Grün haben uns vorgeworfen, wir hätten mehrere Gründe für den Rückweisungsantrag vorgetragen. Ich bekenne mich schuldig: Alle unsere Gründe sind korrekt. Ich fasse Ihnen zusammen, was unsere drei Fundamentalkritiken an diesem Budget ausmachen. Ein Grund ist seitens der Einnahmen, zwei der Ausgaben. Einnahmenseitig ist das Budget keine taugliche Grundlage, wenn man einerseits so tut, als gäbe es keine Covid19-Krise mit ihren Auswirkungen auf die Steuer- und Gebührenerträge und andererseits wird mit verdeckten Karten gespielt – Martina Zürcher (FDP) hat auf das Beispiel der Grundstücksgewinnsteuer verwiesen. Hier muss reiner Wein eingeschenkt werden. Ausgabenseitig ist unser Vorwurf nicht primär, dass zu viele Ausgaben, sondern dass die falschen Ausgaben budgetiert werden. Auswirkungen der Covid-Pandemie und das Überwinden der daraus entstehenden Krise – wirtschaftlich und sozial – machen es einerseits nötig, dass das, was die Stadtrats-

und Gemeinderatsmehrheit in den letzten Jahren dieser Verwaltung aufgebürdet hat, radikal überdenkt wird bezüglich der Frage, ob es uns aus dieser Krise herausführen kann oder ob es im Gegenteil im Weg steht. Das bezieht sich nicht bloss auf die neue Budgetvorlage, sondern auch auf all die Stellen, Aufgaben und Extrawünsche, die man sich in den Budgets 2020, 2019, 2018 und so weiter aufgehalst hat. Ich werde Ihnen den Gefallen nicht tun, das im Einzelnen aufzuzählen. Dafür hätten wir eben diese 100 Anträge stellen müssen, aber das ist nicht die gravierendste Kritik, die wir an diesem Budget haben. Diese ist der dritte fundamentale Punkt, den wir haben: Das ist, was ausgabenseitig fehlt. Wenn die Stadtpräsidentin aufzählt, wie 2020 auf die Krise reagiert wurde und welche zusätzlichen Ausgaben beschlossen wurden – wie wir sie schon im Mai teilweise gefordert haben – ist es genau das ganz grosse Versagen, dass solche Ausgaben im Budget 2021 nicht mehr vorgesehen sind. Ich erwähne beispielhaft subsidiäre Massnahmen zur Unterstützung des Gewerbes – etwas, das wir in den kommenden Anträgen noch versuchen hineinzuflicken. Das müsste auf dem Konto der Stadtpräsidentin eingestellt werden, wurde es aber nicht und jetzt haben wir diese Menge an Anträgen, deren Gesamtwert wir noch nicht beziffern können, weil der Stadtrat seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Mietreduktionen bei den Gewerbeliegenschaften? Nichts wurde eingestellt. Oder die Gebührenreduktionen im Sicherheitsdepartement? Hier könnte man von Departement zu Departement durchgehen. Diese Budgetvorlage ist aber nicht zu retten, weshalb wir sie in der Schlussabstimmung ablehnen werden.

**Samuel Balsiger (SVP):** Mit einer gelassenen Lässigkeit sagte der zweite Sprecher der Grünen, man müsse sich gar nicht darüber wundern, dass das Budget so hoch sei, gibt es doch die ganzen Bestellungen das Jahr hindurch. Entsprechend komme Ende Jahr die hohe Rechnung. Damit hat er die Verantwortung für dieses Budget dem rot-grünen Stadtrat auf die Schultern gelegt. Für diese Ehrlichkeit müssen wir ihm dankbar sein, weil wenn irgendwann einmal in dieser Stadt das Geld, das durch den Kapitalismus in dieser Bankenstadt erarbeitet wird, nicht mehr fliesst und Sie harte Korrekturen durchführen, Personal entlassen und all den linken Chichi überdenken müssen. Erinnern Sie sich bitte an das Votum des grünen Sprechers, der die Verantwortung für das hohe Budget übernommen hat. Diese harten Korrekturen kommen so sicher wie das Amen in der Kirche und dann sind Sie schuld daran, wenn Sie Leute entlassen müssen. Jammern Sie dann bitte nicht, es sei der Kapitalismus, eine Steuerreform oder irgendwelche bösen bürgerlichen Interessengruppen, die Ihnen Geld wegnehmen. Sie werden das Chaos in der Zukunft anrichten und wir hätten heute die Möglichkeit, dies abzuwenden.

**Florian Utz (SP):** Martina Zürcher (FDP) und Michael Schmid (FDP), ihr habt beide aufgeworfen, dass sich eine Schätzung zur Quellensteuer als nicht zutreffend erwiesen hatte. In diesem Bereich sind Schätzungen sehr schwierig, aber dort waren die Einnahmen tatsächlich höher als budgetiert. Nun stelle ich aber fest: Würden beide eure Vorwürfe zutreffen – dass man bei der Quellensteuer zu tief und gleichzeitig bei den natürlichen Personen zu hoch budgetiert hat – würde sich dies formidabel aufheben. Klar ist es eine Unschönheit, wenn man an beiden Orten eine Abweichung hat, aber im Ergebnis kommt es aufs Gleiche hinaus und es ist überraschend, dass dies der Grund für eine Rückweisung sein soll. Zum Punkt, der Stadtrat sehe die falschen Ausgaben vor: Man kann in guter Treu dieser Meinung sein, führen wir hier doch eine normale demokratische Debatte darüber, was die richtigen und falschen Ausgaben sind. Aber es wäre doch sinnvoll, zu beantragen, die in euren Augen falschen Ausgaben zu streichen, statt eine pauschale Rückweisung zu beantragen – und das noch ohne konkreten Auftrag. Im Jahr 2011 gab es wenigstens einen konkreten Auftrag an den Stadtrat, nämlich 200 Millionen Franken zu streichen. Dieser Auftrag ist heute nicht klar formuliert. Eine neue Schätzung bei den Steuereinnahmen habe ich gehört, aber ansonsten nicht viel. Die Begründungen zu den falschen Ausgaben sind lang, aber wenig konkret. Die Hilfsmassnahmen für das Gewerbe wurden aufgeworfen. Ihr werft es dem Stadtrat vor, dies zum

*Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorgesehen zu haben. Darauf antworte ich: Wir haben heute einen neuen Stand der Dinge, was sich bei der Frage der Mietzinserlasse zeigt, die zum Zeitpunkt des Budgeterlasses noch nicht beschlossen waren. Inzwischen ist beschlossen, dies zu machen und es wäre sinnvoll, es im Budget abzubilden, aber da stimmt ihr nicht dafür. Ausser das Votum von Albert Leiser (FDP) wäre eine Positionsänderung, was ich sehr begrüssen würde. Das setzt aber ebenfalls voraus, dass man mitstimmt und nicht weitgehend in der Enthaltung bleibt. Es ist gut, ist diese Rückweisungsdebatte bald durch und wir zu den konkreten Anträgen, zum Streit der besten Ideen für unsere Stadt kommen.*

Eintreten ist unbestritten

#### Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Voranschlag 2021 wird mit der Aufforderung an den Stadtrat zurückgewiesen, dem Gemeinderat einen neuen Voranschlag vorzulegen, der auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die damit einhergehende weltweite Rezession Rücksicht nimmt und namentlich folgende Rahmenbedingungen einhält:

1. Die Unternehmen sind von Bürokratie, Abgaben und Steuern zu entlasten.
2. Wachsende Defizite und damit auch wachsende Schulden sind zu vermeiden.
3. Priorität haben Massnahmen, die der wirtschaftlichen Erholung, der Stärkung der Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.
4. Zusätzliche Ausgaben für die effiziente Bekämpfung der Pandemie und die Abfederung deren Folgen können gerechtfertigt sein.
5. Auf Ausgaben im Zusammenhang mit der Übernahme neuer Aufgaben oder mit dem Ausbau bestehender Aufgaben, die nichts zur Bewältigung der Krise beitragen, ist zu verzichten.
6. Leistungsüberprüfungen und umgehende Einsparungen sind in allen Departementen unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)

Minderheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Susanne Brunner (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Johann Widmer (SVP):** Jetzt kommt die Stimme der Vernunft. Was Sie in der Rückweisungsdebatte nicht verstanden haben, veranschauliche ich Ihnen. Wenn das Budget 2021 ein Defizit von 155 Millionen Franken vorsieht und wenn man schaut, was in den Folgejahren noch verbrochen werden soll, dann ist das nicht gut. Deshalb haben wir einen Tabellenantrag gestellt, um das Budget zu verbessern. Die Stadtverwaltung wächst eindeutig überproportional zur Bevölkerungszunahme. Es braucht kein Mathematikstudium, um auszurechnen, dass es in dieser Stadt in einigen Jahren mehr Beamte als Einwohner haben wird. Das permanente Wachstum der Verwaltung ist ein inhärentes Problem linker Regierungen – das sieht man weltweit. Es werden Stellen geschaffen, weil kein Anreiz zu einem sparsamen Umgang mit den Mitteln der Bürger – des Volks, nicht der Eliten – besteht. Die Verwaltung verteilt Geld, ohne jemals Rechenschaft ablegen zu müssen, noch nicht einmal jetzt bei der Budgetdebatte. So verkommt die Debatte zu einer Debatte zwischen einem linken Parlament und einer linken Regierung. Die Exponenten der Regierung und der Verwaltung haben keine Konsequenzen zu fürchten. Haben die alljährlich durchgebrachten Vorhaben, die komplett an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigehen, keinen Erfolg, hat das keine Konsequenzen. Ihr haftet nicht mit dem eigenen Vermögen, noch müsst ihr ernsthaft mit einer Entlassung rechnen. Das ist der Grund für diese haarsträubende Verschwendung und das Missmanagement in einer solchen Stadtverwaltung. Wir beantragen daher, dass in der Verwaltung keine neuen Stellen geschaffen werden und dass der in den letzten Jahren aufgeblähte Verwaltungsapparat wieder abgebaut wird. An Lehrern und Mitarbeitern im Gesundheitswesen zu sparen ist falsch. Aber will man da mehr ausgeben, muss man anderswo sparen. Im Rest der Verwaltung beantragen wir eine Kürzung des Kontos 3010 «Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals» um fünf Prozent. Auch ohne diese Stellenexplosion kann die Stadt noch seriös weiterarbeiten. Der Stadtrat braucht all diese Stellen nicht. Machen wir so weiter, wird die Stadtverwaltung bald ein Ort für Beschäftigungstherapien sein. Die von uns eingeforderte Einsparung von 21,4 Millionen Franken ist das richtige Signal in die richtige Richtung. Lassen Sie in dieser Frage Vernunft walten und folgen Sie unserem Kürzungsantrag.

**Felix Moser (Grüne):** Johann Widmer (SVP), Beamte gibt es in dieser Stadt schon lange nicht mehr. Weiter hast du gesagt, dass die Verwaltungsstellen wachsen und zunehmen, aber das haben wir heute Nachmittag schon mehrmals gehört. Das Stellenwachstum im aktuellen Budget ist auf das Schuldepartement und das Gesundheitsdepartement zurückzuführen und in diesen Bereichen nicht auf die Verwaltung, sondern auf die Lehrpersonen und bei den Spitälern auf die Leute, die arbeiten – in der Pflege und so weiter – und auf etwa 60 Tramchauffeure und so weiter bei den VBZ. Das sind keine Verwaltungsstellen. Mir fiel noch auf, dass die drei wachsenden Departemente allesamt von bürgerlichen Stadträten geleitet werden – vielleicht ist das Zufall, aber so viel zum linken Stadtrat, der das Wachstum fördert. Der vorliegende Tabellenantrag dünkt die Mehrheit der RPK sehr willkürlich. Ich könnte viele Beispiele herauspicken, um die Folgen der Kürzungen zu illustrieren: Beim Tiefbauamt resultieren daraus vielleicht mehr löcherige Strassen – mir ist das egal, wenn ich mit dem Velo durchfahren, aber es dünkt mich nicht sinnvoll. Es gibt noch mehr Beispiele. Der Antrag ist überritten. Das Stellenwachstum geschieht im Moment so und nicht in der Verwaltung. Noch ein Detail am Rand: Es ist nicht klar, wie viele Stellen ihr kürzen möchtet. Vor einem Jahr habt ihr einen ähnlichen Antrag gestellt und Roger Bartholdi (SVP) sagte: Wenn man um fünf Pro-

zent kürzt, sind das zehn Prozent der Stellen, weil man erst ab Mitte des Jahres zu kürzen beginnt. Das wäre dann doch sehr massiv, aber auch fünf Prozent ist für die Mehrheit zu viel.

S. -	10 3010 00 000	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
		<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>001.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2021 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		21 412 900		Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
				Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
Begründung: Orbitantes Stellenwachstum und Lohnkostenanstieg abbremser, Reduktion um 5 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle					

<b>3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Verbesserung	Budget neu
2000	FD Departementssekretariat	2 729 700	0	136 500	2 593 200
2015	Finanzverwaltung	4 731 900	0	236 600	4 495 300
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	8 343 200	82 200	421 300	8 004 100
2034	Wohnen und Gewerbe	7 192 600	0	359 600	6 833 000
2035	Gastronomie	456 800	0	22 800	434 000
2050	Human Resources Management	14 379 000	0	719 000	13 660 000
2080	Organisation und Informatik	54 089 100	0	2 704 500	51 384 600
2500	SID Departementssekretariat	2 281 100	0	114 100	2 167 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	10 800 000	0	540 000	10 260 000
3000	GUD Departementssekretariat	3 850 500	0	192 500	3 658 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	20 474 300	422 700	1 044 900	19 852 100
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	17 050 500	0	852 500	16 198 000
3500	TED Departementssekretariat	1 723 400	0	86 200	1 637 200
3515	Tiefbauamt	32 644 400	0	1 632 200	31 012 200
4000	HBD Departementssekretariat	4 109 900	0	205 500	3 904 400
4015	Amt für Städtebau	12 678 000	0	633 900	12 044 100
4020	Amt für Hochbauten	18 677 000	0	933 900	17 743 100
4035	Amt für Baubewilligungen	8 295 100	0	414 800	7 880 300
4040	Immobilien Stadt Zürich	35 620 100	0	1 781 000	33 839 100
4500	DIB Departementssekretariat	2 563 400	0	128 200	2 435 200
5000	SSD Departementssekretariat	6 163 700	0	308 200	5 855 500
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	3 092 700	0	154 600	2 938 100
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	4 005 000	0	200 300	3 804 700
5050	Schulgesundheitsdienste	16 560 100	0	828 000	15 732 100
5063	Fachschule Viventa	5 293 500	0	264 700	5 028 800
5500	SD Departementssekretariat	5 294 700	0	264 700	5 030 000
5510	Support Sozialdepartement	15 239 300	0	762 000	14 477 300
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	12 507 800	0	625 400	11 882 400
5520	Laufbahnzentrum	10 259 200	0	513 000	9 746 200

5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	10 342 200	0	517 100	9 825 100
5550	Soziale Dienste	76 297 000	0	3 814 900	72 482 100
	<b>Total</b>	<b>427 745 200</b>	<b>504 900</b>	<b>21 412 900</b>	<b>406 837 200</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 14 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) zu.

#### Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Johann Widmer (SVP):** Natürlich geht es wieder um das blöde Defizit und wir wollen einen weiteren Kürzungsantrag stellen als weiteres Beispiel, wie es gemacht werden sollte. Die Stadtverwaltung hat bereits zu viele Angestellte und mir ist es egal, in welchem Jahr diese angeschafft wurden. Bei all den vielen Angestellten sollte es doch möglich sein, die richtigen zu finden, um die Aufgaben der Stadtverwaltung zu erledigen. Oder habt ihr die falschen Leute angestellt? Ich weiss jetzt schon, dass ihr viele Ausreden habt oder finden werdet, warum dieses Votum so nicht geht. Wir empfehlen, nur ganz wenige externe Leute beizuziehen und wenn schon interne Ressourcen dafür auszubilden und einzusetzen. Die externen Experten verdeutlichen ein weiteres Geschwür in den aufgeblähten Staatsapparaten. Das Aufblähen folgt dem parkinsonschen Gesetz: In der Verwaltung gibt es keinen Zusammenhang mehr zwischen der zu bewältigenden Arbeitsmenge und der Zeit, die man dafür aufwendet. Arbeit in Verwaltungen lässt sich beliebig ausdehnen. Da das Wachstum innerhalb der Verwaltung wohl auch einigen linken Politikern zu viel wäre, macht man es mit Externen. Die staatliche Verwaltung ist für die grenzenlose Elastizität der Arbeit besonders anfällig, weil da die Disziplin des Marktes – also der Massstab der Rentabilität – ausser Kraft gesetzt wird. Wir erachten es als nicht sinnvoll, die teuren, externen Experten anzustellen und beantragen eine Kürzung von 60 Prozent. Die Einsparung von weiteren 32,6 Millionen Franken auf diesem Weg wäre ein wesentlicher Beitrag zur Gesundung der städtischen Finanzen. Zusammen mit der Tabelle 1 wäre das Budget bereits um 54 Millionen Franken entlastet und das Defizit markant reduziert. Diese Einsparung würde selbstverständlich die Reduktion des Steuerfusses um zwei Prozentpunkte ohne weiteres erlauben, was allen Bürgern und Firmen der Stadt zugutekommt. Wer aber dem Keynesianischen Wirtschaftsmodell anhängt, wird den Sinn einer solchen Steuersenkung in schweren Zeiten nicht verstehen. Lieber Markus Knauss (Grüne), da fehlt dann nicht Geld, sondern es kann dann einfach weniger ausgegeben werden, was sowieso sinnvoller wäre. Wer dem Marxismus verfallen ist, wird die Steuersenkung als Bevorzugung der Reichen brandmarken. Aber beide Ideologien greifen bei diesem komplexen Thema eindeutig zu kurz, weshalb in diesem Rat wahrscheinlich einmal mehr ein Fehlentscheid gefällt werden und das Geld einfach ausgegeben wird. Stimmen Sie lieber mit der Vernunft und kürzen Sie diesen Budgetposten markant zurück.

**Felix Moser (Grüne):** Es ist völlig unvernünftig bei den Ausgaben für externe Beratergutachten – zum Beispiel bei OIZ, was heraussticht, wenn man diese Tabelle betrachtet – von 30 Millionen Franken 20 Millionen Franken wegzustreichen. Zwei Drittel des OIZ-Bedarfs an externen Beratern und Experten zu streichen. Was bedeutet das? Das sind zum Beispiel SAP-Spezialistinnen und -Spezialisten, Netzwerkspezialisten, Security-Spezialisten und -Spezialistinnen – viele Leute erhalten so keine Aufträge mehr und die IT der Stadt stünde kurz vor dem Zusammenbruch. Ich wüsste nicht, wie man das bei den Schulen und Spitälern machen würde, wenn die Dinge nicht mehr funktionieren würden. Ich wundere mich, dass so ein Antrag von einer Partei kommt, die sich früher mal

«Gewerbepartei» geschrieben hatte. Diese 30 Millionen Franken, die Sie kürzen möchten, sind alles Aufträge an das Gewerbe – zum grössten Teil in der Stadt, fast alles in der Schweiz. Das alles zu kürzen ist unverständlich und gerade bei der IT kann sich das heutzutage keine Firma mehr leisten. Die Mehrheit bittet Sie, mit dem Stadtrat zu stimmen und den für mich nicht nachvollziehbaren Antrag der SVP abzulehnen.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3132 00 000</b>	<b>Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>002.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2021 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		32 621 100		Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
				Enthaltung	Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Reduktion um 60 %; mit eigenen Ressourcen umsetzen, weniger externe Berater, Gutachter und Fachexperten; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Verbesserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	1 076 000	0	645 600	430 400
1500	PRD Departementssekretariat	146 000	0	87 600	58 400
1505	Stadtentwicklung	415 000	0	249 000	166 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	44 000	0	26 400	17 600
1510	Kultur	304 600	0	182 800	121 800
1530	Bevölkerungsamt	140 000	0	84 000	56 000
1561	Stabstelle Projektstab Stadtrat im PRD	113 500	0	68 100	45 400
1575	Statistik Stadt Zürich	70 000	0	42 000	28 000
2000	FD Departementssekretariat	300 000	0	180 000	120 000
2015	Finanzverwaltung	464 500	0	278 700	185 800
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	1 143 200	0	685 900	457 300
2034	Wohnen und Gewerbe	1 828 400	0	1 097 000	731 400
2035	Gastronomie	384 400	0	230 600	153 800
2050	Human Resources Management	816 500	0	489 900	326 600
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitspl.	55 000	0	33 000	22 000
2080	Organisation und Informatik	32 935 200	0	19 761 100	13 174 100
2500	SID Departementssekretariat	103 500	0	62 100	41 400
3000	GUD Departementssekretariat	1 308 000	0	784 800	523 200
3010	Städtische Gesundheitsdienste	502 600	0	301 600	201 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	4 876 600	0	2 926 000	1 950 600
3500	TED Departementssekretariat	220 000	0	132 000	88 000
3555	Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme	585 000	0	351 000	234 000
4500	DIB Departementssekretariat	322 000	0	193 200	128 800
4525	Wasserversorgung	1 342 200	0	805 300	536 900
4540	Verkehrsbetriebe	3 997 300	0	2 398 400	1 598 900
5000	SSD Departementssekretariat	213 500	0	128 100	85 400
5063	Fachschule Viventa	40 400	0	24 200	16 200



5500	SD Departementssekretariat	621 200	0	372 700	248 500
	<b>Total</b>	<b>54 368 600</b>	<b>0</b>	<b>32 621 100</b>	<b>21 747 500</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 14 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) zu.

## BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

### Antrag 003.

Kommissionsreferent:

**Dr. Florian Blättler (SP):** Es geht dabei um nur 5000 Franken. Man könnte das «Peanuts» nennen, aber aus Sicht der RPK sind das wichtige 5000 Franken. Die Finanzkontrolle hat sich dieses Jahr ein Whistleblower-Tool angeschafft, das sehr erfolgreich ist. Diese 5000 Franken braucht es, damit das Tool auch vom Ombudsmann genutzt werden kann. Darum: Stimmen Sie bitte zu.

S. 104 **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**1007** **Finanzkontrolle**  
**3118 00 000** **Anschaffung immaterielle Anlagen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>003.</b>	Antrag Stadtrat		5 000	69 000 74 000	Zustimmung	Dr. Florian Blättler (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	
		Begründung:	Gemeinsame Nutzung des Whistleblowing-Tools durch Finanzkontrolle und Ombudsstelle			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 101 gegen 0 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

### Antrag 004.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Felix Moser (Grüne):** Aus meiner Sicht ist dies einer der wichtigen Anträge. Es geht um 5 Millionen Franken an Einmalzulagen für besondere Leistungen wegen der Pandemie – insbesondere für das Gesundheitspersonal. Schon im Budget 2020 wurde ein Antrag für

*eine Einmalzahlung gestellt als Prämie für die städtischen Mitarbeitenden – insbesondere für das Gesundheitspersonal. Daraus wurde leider nichts und wir haben das vor einer Woche im Rat besprochen. Vor einer Woche haben wir auch die Motion überwiesen, die genau diese Einmalzahlung nochmal einfordert: Eine Prämie für alle städtischen Mitarbeitenden, die wegen der Pandemie besondere Leistungen erbracht haben. In Übereinstimmung mit dieser Motion möchten wir jetzt die nötigen finanziellen Mittel im Budget einstellen. Mit diesen 5 Millionen Franken soll den betroffenen Mitarbeitenden die Prämie ausbezahlt werden. Für jene, die nicht städtisch angestellt sind, etwa bei der Spitex, gibt es einen entsprechenden Antrag im GUD. Letzte Woche diskutierten wir intensiv darüber und ich wiederhole die wichtigsten Punkte: Diese Einmalzahlung ist insbesondere für das Gesundheitspersonal gedacht – also Mitarbeitende in Spitälern, Alters- und Pflegezentren, es dürfen und sollen aber auch weitere städtische Angestellte in Genuss dieser Prämie kommen. Also Mitarbeitende, die in dieser Krise besondere Leistungen erbringen mussten, unter besonders belastenden Bedingungen gearbeitet haben und vielmals physisch und psychisch stark gefordert waren und an ihre Grenzen stiessen. Natürlich sollen diese Prämien abgestuft nach Arbeitspensum sein und in Geld ausbezahlt werden. Die Details überlassen wir bewusst dem Stadtrat und machen weder Vorgaben zu Berufsgruppen noch nach Dienstabteilungen, sondern möchten lediglich den Rahmen vorgeben, wie die Prämie ausgestaltet werden sollte. Mit dieser Zahlung soll den Mitarbeitenden unser Dank für diese Leistung ausgedrückt werden, wir wollen schliesslich nicht bloss klatschen. Wird dieser Antrag angenommen, erwarten wir vom Stadtrat bald eine entsprechende Weisung, damit eine Zahlung noch 2021 den Mitarbeitenden ausbezahlt werden kann.*

**Susanne Brunner (SVP):** Es freut mich, wenn die Grünen sich ein Vorbild an der Privatwirtschaft nehmen und sich in Sachen variabler Lohnbestandteile inspirieren lassen. Hier wurde aber ein Denkfehler gemacht. Um variable Lohnbestandteile wie in der Privatwirtschaft auszahlen zu können, muss das Geld vorhanden sein. Wir haben es heute Abend schon mehrmals gehört: Wir haben ein budgetiertes Defizit von 155 Millionen Franken, darum bitte ich Sie, mit der Minderheit zu stimmen, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und den Antrag von Felix Moser (Grüne) abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Shaibal Roy (GLP):** Die GLP ist per se kein Fan von Einmalzulagen und hat dies bei anderen Gelegenheiten entsprechend zum Ausdruck gebracht. Hier handelt es sich aber um eine gut begründete Ausnahme. Einerseits haben wir mit dieser Krise eine Ausnahmesituation, die hoffentlich einmalig bleibt und andererseits handelt es sich um einen Kompromissvorschlag, wonach weiter hinten gestellte SP-Anträge, die nur das Pflegepersonal betreffen, damit abgegolten wären. Hier geht es darum, dass auch andere Leute, die im Gesundheitswesen tätig sind – das ist nicht nur das Pflegepersonal – nicht spezifisch aufgelistet werden, sondern dies soll dem Stadtrat überlassen werden, da es auch andere Berufsgattungen gibt, die ebenfalls stark belastet wurden – psychisch wie physisch. Auch diese sollen in den Genuss einer Einmalzulage kommen. Darum handelt es sich um einen Pauschalantrag, der mit der Erwartungshaltung der GLP verbunden ist, dass der Stadtrat dies in einer ordentlichen Ausgaberegulierung mit Beschluss ausarbeitet, der ausgewogen sein und nicht nur Partikularinteressen vertreten soll oder jene, die besonders gut gewerkschaftlich oder klassenkämpferisch organisiert sind. Es sollen auch Leute abgegolten werden, die mehr verdienen und psychisch stark belastet wurden. Die GLP wird darum ihre Unterstützung von der konkreten Ausgestaltung des Antrags des Stadtrats abhängig machen – diesen Antrag hier unterstützen wir selbstverständlich.

**Florian Utz (SP):** Das städtische Personal hat im Jahr 2020 ausserordentliches geleistet und das an ganz unterschiedlichen Stellen. Ich möchte an die Sozialen Dienste erinnern, wo neue Aufgaben angefallen sind und innert kürzester Zeit ein Nothilfeprogramm für Selbstständigerwerbende auf die Beine gestellt wurde. Das war selbstverständlich nicht möglich ohne einen Sondereinsatz. Ich möchte an viele IT-Angestellte der Stadt erinnern, die mit Homeoffice und Videokonferenzen eine grosse Umstellung machen mussten. Ich möchte auch an viele städtische Angestellte erinnern, die nicht bloss die eigene Arbeit erledigen mussten, sondern auch jene ihrer Kolleginnen und Kollegen, die erkrankt sind oder Risikogruppen angehörten und darum nicht arbeiten konnten. Ich möchte weiter auch insbesondere an das Gesundheitspersonal erinnern: An Ärztinnen und Ärzte, an Pflegerinnen und Pfleger, die in den Spitälern, Alterszentren und der Spitex Hervorragendes geleistet haben und dabei häufig ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzten, um anderen zu helfen. Darum glauben wir von der SP, dass Aussergewöhnliches und Hervorragendes geleistet wurde und sind der Meinung, dass gute Leistungen honoriert und anerkannt werden sollten. In einer kapitalistischen Gesellschaft geschieht dies auch monetär. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, mit drei Anträgen sicherzustellen, dass Pflegerinnen und Pfleger, Betreuungspersonal, das betroffen war in der Coronakrise und sowieso keinen hohen Lohn hat – meiner Meinung nach unterbezahlt ist – eine Einmalzulage von 2000 Franken erhalten soll. Das entspricht umgerechnet einem Franken pro geleistete Arbeitsstunde in diesem Jahr. Ich glaube, diesen einen Franken pro Stunde haben diese Menschen mehr als verdient. Susanne Brunner (SVP), wenn du sagst, das Geld sei nicht vorhanden, muss ich daran erinnern, dass wir über 1,5 Milliarden Franken Eigenkapital verfügen. Selbst wenn man den Anträgen der SP folgt, setzen wir weniger als ein Prozent dieser 1,5 Milliarden Franken ein. Wir reden also keineswegs über Geld, das wir nicht haben. Seitens SP stimmen wir dem Antrag auf pauschal 5 Millionen Franken zu, weil wir der Meinung sind, dass nicht nur das Gesundheitspersonal Hervorragendes geleistet hat, sondern auch weitere wie Ärztinnen und Ärzte, die weiter hinten nicht erwähnt werden, IT-Fachleute, Sozialarbeitende und viele mehr. Pro städtischem Angestellten sind das im Durchschnitt 217 Franken und so kann man für die besonders Betroffenen eine Einmalzahlung von vielleicht 300 oder 400 Franken machen und bei den Pflegerinnen und Pflegern sollte man über diesen Betrag hinausgehen, da eine Einmalzahlung von 300 Franken der Sonderleistung nicht angemessen ist. Darum würden wir die Anträge kombinieren. Für den Fall, dass unsere Anträge später nicht durchkommen, ist klar, dass die 5 Millionen für alle städtischen Angestellten sein sollen, insbesondere natürlich Pflegerinnen und Pflegern. Wir verweigern uns diesem Antrag nicht, da eine Einmalzahlung von 300 oder 400 Franken besser als nichts ist.

**Alan David Sangines (SP):** Eigentlich wollte ich eine persönliche Erklärung halten, aber was ich zu sagen habe, passt gerade bei diesem Antrag: Wir können auch bei der Budgetdebatte hart diskutieren und uns gegenseitig aufs Dach geben, aber wenn das RPK-Mitglied Johann Widmer (SVP) hier vorne sagt, die Verwaltung sei eine geschützte Werkstatt, wurde eine Grenze überschritten. Wir können einander angreifen. Aber es ist eine Frechheit, die städtischen Angestellten, die Grossartiges für diese Stadt leisten und schauen, dass vieles funktioniert und dabei Woche für Woche und Monat für Monat Schriftliche Anfragen vor allem von der SVP beantworten müssen, die an eurer Qualität etwas zweifeln lassen, als unterbeschäftigt darzustellen. Gerade die RPK hat der Verwaltung etwa 600 Fragen gestellt und darunter sind Fragen, zu denen manche RPK-Mitgliedern der SVP sagen mussten, dass wir diese Fragen schon mehrmals beantwortet hätten und man könne die Antwort selbst im Internet finden. Daraufhin erhält man die Antwort: «Die sollen das trotzdem beantworten.» Wenn ihr da von Arbeitsbeschaffung und geschützten Werkstätten redet, ist das die noch grössere Frechheit. Ich möchte der Stadtverwaltung im Namen des anderen Teils des Rats für ihre Arbeit danken und mich dafür entschuldigen, dass ihr mit Leerläufen beschäftigt werdet, weil die SVP keine Suchmaschine im Internet bedienen kann.

**Walter Angst (AL):** Die Mehrheit ist eine Regenbogenkoalition, bestehend aus SP, Grünen, GLP und AL. Die Meinung der GLP, Grünen und AL ist, dass man 5 Millionen Franken für die Umsetzung dieser letzte Woche beschlossenen Motion durch den Stadtrat hinterlegt. Die Meinung der SP gemäss Florian Utz (SP) ist, dass man beides machen könnte: Nämlich 6,5 Millionen Franken hinten in den verschiedenen Produktgruppen des GUD – bei dem 3500 Pflegerinnen etwa 2000 Franken erhalten – und vorne für alle anderen zu verteilen. Das ist nicht die Meinung der GLP, der Grünen und der AL. Unsere Meinung ist, dass der Stadtrat einen Vorschlag zur Umsetzung dieser Motion für coronabedingte Sonderleistungen machen soll – würde man 1000 Franken ausbezahlen, wäre dies für etwa 5000 Leute – und damit ist fertig. Das ist der Kompromissvorschlag und darüber stimmen wir ab, wenn wir hier zustimmen. Das andere werden wir nicht unterstützen, da kann ich auch für die Grünen und die GLP sprechen.

**Ernst Danner (EVP):** Die EVP unterstützt diesen Antrag von zusätzlichen 5 Millionen Franken, weil auch wir der Überzeugung sind, dass die Mitarbeitenden der Stadt und der angegliederten Unternehmen nicht in einer geschützten Werkstatt arbeiten, sondern zum Teil sehr starken Belastungen ausgesetzt sind. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass diese 5 Millionen Franken pauschal gelten sollen für das ganze Personal, das zusätzlichen Belastungen ausgesetzt ist – insbesondere das Pflegepersonal, aber nicht nur. Wir sind zum Beispiel nicht der Meinung, dass die Mitarbeitenden der höheren Lohnklassen wie Ärzte nichts erhalten sollen. Diese sind zum Teil genau den gleichen, wenn nicht noch stärkere Belastungen ausgesetzt und die Lohnskala wird durch Einmalzulagen ein wenig relativiert, weil diese nicht in Prozentsätzen des Lohns, sondern in Frankenbeträgen vergeben werden. Darum ist eine zusätzliche Barriere nicht nötig. Johann Widmer (SVP), wenn du wieder einmal auf diesen uralten Begriff der geschützten Werkstatt kommen solltest: Dieses Phänomen ist keine Frage von Staat oder Nicht-Staat, sondern eine Frage der Grösse des Unternehmens. Bei Grossbetrieben herrschen andere Verhältnisse als bei kleineren Betrieben. Ich weiss aus sehr vielen Erfahrungen: Auch wenn Staatsangestellte zum Teil komfortablere Bedingungen haben, ist die Arbeitsbewältigung teilweise ein grosser Stress. Eine kleine Anekdote: Als ich noch mit dem Staatskeller zu tun hatte, machte der Verwalter Reklame für seine Weine und schrieb «jetzt sprechen wir einmal in aller Offenheit von den Flaschen beim Staat». Das rief die Personalverbände auf den Plan und wir mussten schlichten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** Diese Einmalzulage wünscht unter anderem, dass man insbesondere das Gesundheitspersonal berücksichtigt. Mir ist es darum ein Anliegen, Ihnen einen kurzen Überblick über die Situation des Gesundheitspersonal und den entsprechenden Institutionen der Stadt Zürich zu geben. Diese Pandemie ist aktuell teilweise stärker da als bei der ersten Welle und entsprechend sind sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem – aber nicht nur – im Gesundheitsbereich extrem gefordert und unter Druck. In dieser Phase von einer geschützten Werkstatt zu sprechen, ist respektlos gegenüber all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Ausserordentliches in dieser Zeit leisten, was eine gewisse Anerkennung finden soll. Es gibt 7000 Mitarbeitende in den Gesundheitsinstitutionen. Diese haben in den letzten Monaten täglich mit zum Teil kurzen Unterbrüchen ausserordentlichen Druck aushalten müssen und täglich Ausserordentliches geleistet. Unser Stadtspital ist auf der Intensivstation eigentlich voll was Covidpatienten betrifft. Das bedeutet, dass elektive Eingriffe verschoben oder abgesagt werden müssen. Es sind über 60 Leute isoliert auf der Covid-Station, wo eine sehr hohe Belastung besteht. In den Alters- und Pflegezentren gibt es ebenfalls Ausbrüche und dort ist die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besonders hoch. Sie haben sehr viele demente

*Patientinnen und Patienten, denen sie die Situation nicht erklären können und denen die Verhaltensregeln nicht vermittelt werden können. Diese ausserordentliche Situation fordert ausserordentlichen Einsatz und ich kann Ihnen versprechen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesundheitsinstitutionen dies auch leisten. Wir haben aber auch immer mehr Mitarbeiter in der Isolation oder in der Quarantäne – das bedeutet, dass der Druck auf diejenigen noch weiter steigt, die noch da sind. Es ist viel geschehen. Der Job in der Pflege – aber nicht nur in der Pflege – hat sich in den letzten Monaten verändert. Es kamen immer wieder neue Regelungen und organisatorische Anpassungen. Gewisse Mitarbeitende arbeiten eine Woche in einem Alterszentrum und müssen eine Woche später in einem anderen Pflegezentrum aushelfen. Das ist ein besonderer Druck und einfach nur Klatschen reicht nicht, auch wenn es von Herzen kam. Wir lösen die grundsätzlichen Probleme auch mit einer Prämie nicht. Aber es ist eine Form der Anerkennung für das Geleistete. Sie müssen ausserdem davon ausgehen, dass jene, die heute besonders belastet sind, dies noch einige Monate lang sein werden. Es ist nicht so, dass diese Belastung jetzt einfach fertig ist. Man muss aber auch sehen, dass sich diese besondere Belastung nicht auf das Pflegepersonal beschränkt. Auch viele andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten zusätzliches leisten. Seien das Leute aus der Ärzteschaft, aber auch aus dem Reinigungspersonal, der Hotellerie oder der Administration. Es waren aber auch nicht alle gleich belastet und manche waren dem Druck weniger ausgesetzt. Eine Prämie muss entsprechend individuell zugeteilt werden. Darum begrüsse ich diesen Antrag hier. Auch Mitarbeitende aus anderen Departementen als dem GUD mussten und müssen Enormes leisten. Ich denke dabei an Schutz & Rettung, an ERZ, die Stadtpolizei, den Fachstab Pandemie und die Beschaffungsleute, die mit den gleichen Ressourcen all das Schutzmaterial in einer guten Qualität beschaffen mussten. Das ist alles nicht selbstverständlich. Mit diesem Antrag ermöglichen Sie es dem Stadtrat, eine faire Zuteilung zu machen. Nämlich dort, wo die Belastung deutlich höher war und man mit individuellen Prämien verfahren kann und nicht nach dem Giesskannenprinzip. Ich möchte an dieser Stelle dem Gesundheitspersonal herzlich danken und hoffe, sie mögen in den kommenden Wochen und Monaten durchhalten. Das ist nicht selbstverständlich. Diese Geste, die Sie hier vorhaben, ist sicherlich ein gerechtfertigter Dank und motiviert zusätzlich.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Ich schliesse am Votum von Walter Angst (AL) an: Die hier eingestellten Budgetmittel schliessen an die überwiesene Motion an, die formell den Auftrag an den Stadtrat schafft, eine Vorlage zu liefern. Denn die Verteilung der Mittel braucht noch eine Vorlage. Ich bin froh, dass nach den Irrungen und Wirrungen bei der Diskussion in der RPK eine Formulierung steht, die analog zum letzten Mittwoch offener formuliert ist, in einem Sinne, wie es STR Andreas Hauri sagte. Der Stadtrat ist froh, dass wir auf alle in der Stadtverwaltung blicken können, die eine tolle Arbeit geleistet haben und nicht nur auf eine Gruppe fokussiert sind. In diesem Sinne geht der Stadtrat mit dem Regenbogenteil ohne Rot: Die 2000-Franken-Anträge im GUD sind dann nicht mehr nötig. Der Antrag hier schafft die finanziellen Mittel, um das Anliegen umzusetzen. In diesem Sinne wird der Stadtrat diese Weisung bringen und dies auch schneller als im letzten Jahr, als wir uns nicht bewusst waren, dass wir eine Ausgabenweisung bringen müssen. Ein Danke an Alan David Sangines (SP) für sein Votum und ich kann mir das nicht verkneifen: Auch ich musste mich bei der RPK fragen, wo genau die geschützte Werkstatt ist, wenn von dort die Frage kam, was eine Bonusaktion sei, wie sie bei der Liegenschaftenverwaltung auslaufe. Und dies, nachdem sich das Parlament im letzten Jahr mit zahlreichen Bonusaktionen bei den Gebühren auseinandergesetzt hatte.*

Weitere Wortmeldung:

**Samuel Balsiger (SVP):** Wir haben nun ein Loblied auf die städtischen Mitarbeiter gehört und wie sie in dieser Krise leiden müssten und darum ein Anrecht auf diese Vergütung hätten. Die ganze Bevölkerung muss leiden. Jeder, der in diesem Land lebt, leidet unter Corona; hat Angst, sich im ÖV anzustecken; hat Bekannte, die gestorben sind; muss im Geschäft Abstand einhalten und Masken tragen; hat beim Einkaufen Stress und muss sich auch in normalen Zeiten beweisen. In einer Privatwirtschaft sind Sie halt dem freien Markt ausgesetzt und eben nicht in dieser geschützten Werkstatt, wie das der Sprecher der SVP richtig gesagt hat. Wenn Sie wirklich glauben, dass jeder, der unter Corona leidet, Anrecht auf eine Vergütung habe – und das müssen Sie, wenn Sie Ihre Worte ernstnehmen – müssen Sie am Schluss dieser Budgetdebatte der Steuer-senkung zustimmen, so dass jeder in der Bevölkerung vom Staat zurückerhält oder ihm weniger weggenommen wird. Nehmen Sie Ihre Worte in der Budgetdebatte ernst und senken Sie die Steuern.

S. 117	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>1060</b>	<b>Gesamtverwaltung</b>			
	<b>3049 00 200</b>	<b>Sammelkredit Einmalzulagen</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>004.</b>	Antrag Stadtrat			0 Minderheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Severin Pflüger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Johann Widmer (SVP)
			5 000 000	5 000 000 Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Einmalzulage für besondere Leistungen (Pandemie), insbesondere Gesundheitspersonal			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 31 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 120, Beschluss-Nr. 3330/2020).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 3331. 2020/578

**Postulat von Alan David Sangines (SP), Martin Bürki (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 09.12.2020:**

**Pilotprojekte zur lärmdämmenden Gestaltung des öffentlichen Raums in Bezug auf das Nachtleben**

Von Alan David Sangines (SP), Martin Bürki (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 9. Dezember 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen von Pilotprojekten verschiedene Massnahmen getestet werden können, um den öffentlichen Raum in Bezug auf den durch das Nachtleben verursachten Lärm lärmdämmend zu gestalten / zu möblieren.

Begründung:

September 2020 berichteten die Medien über ein neues Jahreshoch an Lärmklagen in der Stadt Zürich. Bei der Stadtpolizei sind bis am 31. August 2020 über 6'500 Lärmklagen eingegangen – über 2000 mehr im Vergleich zu den Vorjahren. Die Problematik von Lärmemissionen in der Stadt Zürich ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere nach Ende der Covid-Zeit wieder vermehrt Menschen ausgehen und sich sowohl auf öffentlichen Plätzen wie auch in und vor Bars, Clubs und Restaurants aufhalten werden, womit sich die Lärmproblematik wieder verschärfen dürfte. Bis zum jetzigen Zeitpunkt beschränkt sich die Stadt primär darauf, den Lärm bei der Quelle zu bekämpfen. Doch gerade im öffentlichen Raum lässt sich der Lärm oftmals keiner Quelle zuordnen.

Die Stadt Zürich hat selbst im Rahmen des Legislatorschwerpunktes Nachtleben (2016 bis 2018) erkannt, dass das Thema Lärm auf unterschiedlichen Ebenen angegangen werden muss. Appelle mittels Plakatkampagnen auf das Ruhebedürfnis sind zwar sinnvoll, reichen aber nicht. Im Umfeld der Langstrasse durchgeführte Messungen bewiesen das Potenzial von lärmdämmender Gestaltung / Möblierung des öffentlichen Raumes.

Aufbauend auf den 2018 durchgeführten Messungen an der Langstrasse sollen im Rahmen eines Pilotprojektes, an einem besonders lärmbeeinträchtigten Ort, lärmdämmende Massnahmen ergriffen werden. Es soll sich dabei um eine Zone mit bestehender Mischnutzung handeln (Kultur / Nachtleben / Wohnen). Die akustische Charakterisierung und Messungen sollen möglichst in allen Jahreszeiten erfolgen, damit ein umfassender Eindruck entstehen kann und gegebenenfalls weitere Schlüsse gezogen werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

### 3332. 2020/579

**Postulat von Simone Brander (SP), Simon Diggelmann (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 09.12.2020:**

**Koordination der laufenden Planungen rund um das Quartierzentrum Nordbrücke unter Einbezug des Quartiers**

Von Simone Brander (SP), Simon Diggelmann (SP) und 8 Mitunterzeichnenden ist am 9. Dezember 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die laufenden Planungen rund um das Quartierzentrum Nordbrücke koordiniert werden können. Neben der Bearbeitung von gestalterischen Fragen ist auch die Funktionsfähigkeit als Quartierzentrum zu stärken. Dabei ist das Quartier in geeigneter Weise einzubeziehen – ebenso bei der Festlegung des Bearbeitungsperimeters.

Begründung:

Mit einem Zeithorizont 2025 ist eine Neugestaltung der Nordstrasse bzw. des Quartierzentrum Nordbrücke geplant.

Der Ersatz der Nordbrücke wurde in der Vergangenheit ohne Einbezug des Quartiers durchgeführt und führte zu zahlreichen Einsprachen und Konflikten und einer Strassengestaltung auf der Nordbrücke, die im Quartier zu viel Unmut führte bzw. der Zielsetzung eines Fussgängerbereichs entgegensteht.

Um aus der Vergangenheit zu lernen, ist es angezeigt, bei der Umgestaltung des Quartierzentrums das betroffene Quartier entsprechend einzubeziehen und gemeinsam mit dem Quartier ein zukunftssträchtiges Quartierzentrum zu gestalten.

Mitteilung an den Stadtrat

**3333. 2020/580**

**Postulat von Walter Angst (AL) und Albert Leiser (FDP) vom 09.12.2020:  
Corona-Hilfspaket für das lokale Gewerbe betreffend Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen für Geschäftsräume unter gewissen Bedingungen**

Von Walter Angst (AL) und Albert Leiser (FDP) ist am 9. Dezember 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Corona-Hilfspaket für das lokale Gewerbe aufgelegt werden kann, welches erlaubt, unter gewissen Bedingungen Mietzinsbeiträge für Geschäftsräume auszurichten. Voraussetzung für die Beteiligung der Stadt Zürich ist eine Einigung zwischen Mieterschaft und Vermieterschaft. Analog zum sog. "Dreidrittel-Rettungspaket", welches der Kanton Basel-Stadt beschlossen hat, ist vorzusehen, dass Vermieter, die sich mit ihrer Mieterschaft auf eine Reduktion der Miete um mindestens zwei Drittel geeinigt haben, seitens der Stadt ein Drittel des Netto-Mietzinses entschädigt erhalten. Die Unterstützung kann ausgerichtet werden für Mietverhältnisse mit Unternehmen, die seit April 2020 entweder von einer Betriebsschliessung aufgrund behördlicher Anweisungen oder von markanten coronabedingten Umsatzeinbussen betroffen waren bzw. sind.

Begründung:

Aufgrund der ausserordentlichen Lage, welche der Bundesrat gestützt auf das Epidemiegesetz für die Zeit vom 16. März bis zum 19. Juni verfügt hatte, mussten verschiedene Betriebe, v.a. in den Bereichen Gastronomie und Detailhandel, für eine gewisse Zeit schliessen. Diese, aber auch Unternehmen, die ihre Tätigkeit in dieser schwierigen Situation aufrechterhalten konnten, sind von substantiellen Umsatzeinbussen getroffen, welche oft nicht oder nur teilweise in den Folgemonaten kompensiert werden konnten. In den kommenden Monaten könnten abermals ähnliche Massnahmen drohen.

Während Bund und Kanton diverse Hilfspakete im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geschnürt haben, gibt es für den Bereich der Geschäftsmieten in Kanton und Stadt Zürich derzeit keine behördlichen Hilfsmassnahmen.

Der Kanton Basel-Stadt hat bereits im Mai für die Zeit des Lockdowns im Frühjahr eine sog. Drittelslösung beschlossen. Damit kantonale Beiträge geleistet werden können, müssen sich Vermieterschaft und Mieterschaft auf eine Reduktion des Mietzinses um mindestens zwei Drittel einigen. Von diesen reduzierten zwei Dritteln übernimmt der Kanton ein Drittel, sodass der Mietzins zu je einem Drittel von der Vermieterin, dem Mieter und dem Kanton finanziert wird. Bedingung war die Verpflichtung der Mietenden, während dieser Zeit der kantonalen Beiträge keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen. Die Teilnahme an diesem Programm war freiwillig, im Falle einer Einigung für die öffentliche Hand aber verpflichtend. Die erzielte Wirkung, der überschaubare administrative Aufwand und die rasche Realisierung haben an der Basler Lösung überzeugt.

Der Hauseigentümerverband Zürich und der Mieterinnen- und Mieterverband Zürich unterstützen eine solche Lösung für die Stadt Zürich. Der Zürcher Stadtrat wird gebeten, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

Mitteilung an den Stadtrat



**3334. 2020/581**

**Postulat von Natalie Eberle (AL), Patrik Maillard (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 09.12.2020:**

**Ganzjähriger Betrieb des ehemaligen Schützenhauses Seebach nach der Instandsetzung**

Von Natalie Eberle (AL), Patrik Maillard (AL) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 9. Dezember 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass nach der Instandsetzung des ehemaligen Schützenhaus Seebach ein ganzjähriger Betrieb umgesetzt werden kann.

Begründung:

Das Schützenhaus soll dem Quartier als Treffpunkt dienen. Um auch eine rentable Nutzung zu ermöglichen muss das Gebäude auch in den Wintermonaten bespielbar sein. Die Wärmedämmungsarbeiten sollen sinnvollerweise im Rahmen der Sanierung durchgeführt und der Anschluss an das Fernwärmenetz vorbereitet werden.

Im Beispiel der Bäckeranlage kann man sehen, dass durch den ganzjährigen Betrieb des Quartierzentrums sichergestellt wird, dass der Park auch in den Wintermonaten belebt bleibt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

## **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnismnahmen vor.

Nächste Sitzung: 9. Dezember 2020, 20 Uhr.